

Ausgabe  
2/2013

# Bayerische Sozialnachrichten

Mitteilungen der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern



Foto: 123 rtf

Bayerisches Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz

## Zwischen Qualität und Quantität?



*Liebe Leserin,  
lieber Leser,*

Kinder sind unsere Zukunft und damit wichtige Herausforderung für unsere Gesellschaft.

Johanna Huber, Leiterin der Abteilung Familie und Jugend, Bildung und Erziehung im StMAS weist gleich mit den ersten Zeilen ihres Beitrags auf die gewaltige Aufgabe und die damit verbundenen Erwartungen an das Fachpersonal hin, die sich in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit dem Lernort Familie stellt. 84 Prozent mehr Kinder mit Behinderungen in den Tageseinrichtungen in den letzten fünf Jahren, 17 Prozent der Kinder ohne deutschsprachige Eltern und bis zum Jahresende 2013 sechs Prozent mehr Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahres sind Eckpunkte der veränderten Anforderung im Bereich der Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Bayern.

Der Zwischenruf von Wolfgang Schindele, Geschäftsführer der AWO Oberbayern, greift das sich abzeichnende politische Dilemma auf: Mittel für den Ausbau der Betreuungsangebote werden im Bereich der Investitionskosten bereitgestellt und Anreize durch zusätzliche Betriebskostenförderung werden geschaffen, aber es darf nicht nur in Gebäude investiert werden, denn Eltern wollen Sicherheit. Sicherheit, die Bildung, Erziehung und Betreuung in hoher Qualität beinhaltet, Chancengerechtigkeit für alle Kinder un-

abhängig von der Betreuungsform gewährleisten und die Vereinbarkeit von Berufs- und Familientätigkeit sicherstellt.

Auch die Bewertung des BayKiBiG - „Qualität statt Quantität“ von Hanna Hutschenreiter, verantwortlich für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit beim BRK, fordert eine höhere Wertschätzung des Berufes der Erzieherinnen und des Stellenwertes der Kinderbetreuung in unserem Land ein. Neben der Frage, ob sich die hochgesteckten Ziele im Ausbau der Krippen aufgrund fehlender Fachkräfte überhaupt erreichen lassen, nennt Christiane Münderlein anhand von sechs Thesen zur Weiterentwicklung der Aus- und Weiterbildung wichtige Meilensteine, denn Bayern hat darüber hinaus im Bundesdurchschnitt den niedrigsten Anteil von Fachkräften.

Ob bereits die Überarbeitung der Ausführungsverordnung des BayKiBiG dem allen Rechnung trägt? Davon ist wohl nicht auszugehen und die Politik wird sich gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode mit den aufgeworfenen Fragen und aufgezeigten wichtigen Entwicklungen weiter grundsätzlich zu beschäftigen haben.

  
Hendrik Lütke

## INHALT

### Thema

Bayerisches Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz:

#### Zwischen Qualität und Quantität?

Fort- und Weiterbildung des pädagogischen Personals in bayerischen Kindertageseinrichtungen und Gewinnung neuer Fachkräfte	S. 3
Fachkräfte in KITAS - Qualifikation und Weiterentwicklungen	S. 7

### Zwischenruf

Kita ist wichtiger als Bares...	S. 10
---------------------------------	-------

### Thema

Statt Qualität siegt Quantität: Das neue BayKiBiG enttäuscht	S. 12
--	-------

### Bücher/Veröffentlichungen S. 14

### Veranstaltung

Fachtagung Generationenzusammenhalt	S. 15
-------------------------------------	-------

### Sozialcharta S. 16

### Panorama S. 17

### Mitgliedsorganisationen S. 20

### LAG Ö/F mit neuem Internetauftritt S. 28

# Fort- und Weiterbildung des pädagogischen Personals in bayerischen Kindertageseinrichtungen und Gewinnung neuer Fachkräfte



**Johanna Huber**

Leiterin der Abteilung Familie und Jugend, Bildung und Erziehung im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen  
E-Mail: johanna.huber@stmas.bayern.de

Die Kindertageseinrichtungen sind heute mehr denn je gefordert, Bildung, Erziehung und Betreuung entsprechend den ständig steigenden Anforderungen und gesellschaftlichen Veränderungen anzubieten. Die Aufgaben des Fachpersonals sind gewaltig, die Erwartungen enorm:

- Kinder kommen in immer jüngerem Lebensalter in die Kita; ab 1.8.2013 gilt in Deutschland der Rechtsanspruch für Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahres. In Bayern besuchen bereits 100.000 ein- und zweijährige Kinder eine Krippe, einen Kindergarten, ein Kinderhaus oder werden in Tagespflege betreut. Das sind 46 Prozent. Bis zum Jahresende werden es 52 Prozent sein. Einjährige Kinder haben andere Bedürfnisse als ein Vorschulkind und die altersgemischte Gruppe bedarf anderer pädagogischer Konzepte als eine Gruppe Gleichaltriger.
- Bei 17 Prozent der Kinder in den Kindertageseinrichtungen sind beide Eltern nicht deutschsprachig. Diese Kinder finden den Zugang zur deutschen Sprache am leichtesten in den Kindertageseinrichtungen; hier sind gute Sprachförderkonzepte gefragt.
- Die Zahl der Kinder mit einer Behinderung in Kindertageseinrichtungen ist allein in den letzten fünf Jahren um 84 Prozent gestiegen; diese erfreuliche Entwicklung ganz im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention erfordert jedoch eine inklusive Pädagogik.

Dies sind nur einige wenige Beispiele aktueller Herausforderungen an die pädagogischen Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen. Daneben ist die Kindertageseinrichtung neben dem Elternhaus der wichtigste

Bildungsort, um ethische und religiöse Bildung, sprachliche Bildung und Förderung, mathematische, naturwissenschaftliche, und technische Bildung, Umwelt- und Medienbildung sowie Gesundheitserziehung zu vermitteln, musikalisches, musisches, ja philosophisches Interesse zu wecken bzw. personale, kognitive oder soziale Kompetenzen zu entwickeln. Angesichts dieser Herausforderungen heißen die Zauberworte: Fortbildung und Weiterbildung, für die in Bayern das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (StMAS) zuständig ist. Seine Aufgabe ist es, in Abstimmung mit den Trägern die Qualität der pädagogischen Arbeit in Kindertageseinrichtungen zu sichern und weiterzuentwickeln sowie zusätzliche pädagogische Fachkräfte zu gewinnen, insbesondere auch für multiprofessionelle Teams. Zur Erarbeitung, Umsetzung und Evaluierung der pädagogischen Konzepte hat Bayern mit dem Staatsinstitut für Frühpädagogik als einziges Bundesland schon seit 1972 ein kompetentes wissenschaftliches Institut.

## 1 Der Bayerische Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder in Tageseinrichtungen bis zur Einschulung (BayBEP) - Grundlage der pädagogischen Arbeit

Mit dem 2005 eingeführten Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder in Tageseinrichtungen bis zur Einschulung liegt für das pädagogische Personal

in den staatlich geförderten Kindertageseinrichtungen Bayerns ein klarer Bezugsrahmen für die pädagogische Arbeit vor. Im BayBEP werden die in der Ausführungsverordnung zum Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (AVBayKiBiG) festgelegten Bildungs- und Erziehungsziele ausführlich dargestellt und Schlüsselprozesse für die Bildungs- und Erziehungsqualität beschrieben, so z.B. die Vernetzung der unterschiedlichen Lernorte im Verlauf der Bildungsbiographie eines Kindes. Von ganz besonderer Bedeutung ist hier die partnerschaftliche Zusammenarbeit des Lernorts „Familie“ mit den institutionellen Bildungsorten. Mit dem BayBEP und mit dem Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) gehört Bayern zu den Vorreitern für hohe Qualität in der frühen Bildung und Erziehung.

## 2 Das landesweite Fort- und Weiterbildungsangebot

Die Fort- und Weiterbildung für das pädagogische Personal in Kindertageseinrichtungen in Bayern wird zu einem ganz wesentlichen Teil von den Angeboten der freien Wohlfahrtspflege und der Bayerischen Verwaltungsschule bestimmt. Ein zentrales Ziel des landesweiten Fort- und Weiterbildungsangebots ist die Befähigung des pädagogischen Personals zur Arbeit nach dem Bildungs- und Erziehungsplan und den Bayerischen Leitlinien für die Bildung und Erziehung von Kindern bis zum Ende der Grundschulzeit (BayBL). Ein differenziertes Verständnis der pädagogischen Grundannahmen des BayBEP zu erwerben sowie entsprechende pädagogisch-didaktische Kompetenzen stehen dabei ganz oben auf der Agenda. Für die Weiterqualifizierung des pädagogischen Personals hat der Freistaat die Richtlinien für die Förderung von Fortbildungsmaßnahmen für das pädagogische Personal in Tageseinrichtungen für Kinder im Jahr 2005 eingeführt. Jährlich stellt er 1,7 Mio. Euro für die Fort- und Weiterbildung von pädagogischen Fach- und Ergänzungskräften (s. 2.1 und 2.2) - d.h. in der Regel Erzieherinnen und Erziehern, Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern - zur Verfügung.

### 2.1. Die Regelfortbildung

Im regulären Fortbildungsangebot der freien Wohlfahrtspflege und der Bayerischen Verwaltungsschule für das pädagogische Personal in Kindertageseinrichtungen werden jeweils bestimmte Themen besonders gefördert. Diese inhaltlichen Schwerpunkte zur Vertiefung einzelner Bildungsbereiche werden regelmäßig im trägerübergreifenden FORUM Fortbildung am

Staatsinstitut für Frühpädagogik gemeinsam mit den Fortbildungsanbietern, aber auch Vertreterinnen und Vertretern der Ausbildung und der Einrichtungsträger festgelegt. Auch mit den Schwerpunktthemen der Regelfortbildung für 2012/13 „Eltern im Blick“, „Schulkindbetreuung“ und „Inklusion“ wird zur Bildungsgerechtigkeit beigetragen.

### 2.2. Fortbildungskampagnen für den Elementar- und Primarbereich

Darüber hinaus finden bereits seit 1999 landesweit Fortbildungskampagnen mit wohnortnahen Angeboten statt, die für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beitragsfrei sind. So sind in den vergangenen Jahren verschiedenste Kampagnen zur Qualitätsentwicklung und -sicherung der pädagogischen Arbeit (z.T. in Kooperation) durchgeführt worden:

1999-2000	Qualitätskampagne „Qualität in aller Munde“
2001-2002	Qualitätskampagne „Zusammenarbeit mit Eltern“
2003-2004	Bildungskampagne „Sprachförderung von Migrantenkinder“
2004-2006	Kampagne „Startchance Bildung“ zum Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplan für Einrichtungsleitungen
2006-2008	Kampagne „Übergang als Chance“ zur Intensivierung der Kooperation von KITA und Grundschule für pädagogische Fachkräfte und Lehrkräfte
2007-2011	Kampagne „Dialog Bildung“ zum Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplan für Teams in Kindertageseinrichtungen
2012-2015	Kampagne „Bildungs- und Erziehungspartnerschaft mit Eltern in Kindertageseinrichtung und Schule“ für pädagogische Fachkräfte und Lehrkräfte

Einige der Kampagnen wurden in Zusammenarbeit mit dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus (StMUK) entwickelt. Sie richten sich gleichermaßen an pädagogisches Personal und an Lehrkräfte. Insbesondere in der Fortbildungskampagne „Übergang

als Chance“ zur Intensivierung der Kooperation von Kindertageseinrichtung und Grundschule oder der Fortbildungskampagne „Vorkurs Deutsch 240“ zur frühen Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund ist die grundlegende Bedeutung der Zusammenarbeit der beiden Bildungsinstitutionen bereits im Fortbildungskonzept verankert: Ein Tandem aus einer Referentin aus dem Bereich Kindertagesbetreuung und einer Referentin aus dem Schulbereich gestaltet die gemeinsame Fortbildung für Fach- und Lehrkräfte.

Und auch die aktuelle Kampagne „Bildungs- und Erziehungspartnerschaft mit Eltern in Kindertageseinrichtung und Schule“ wurde gemeinsam mit dem StMUK und den Spitzenverbänden der Wohlfahrtspflege konzipiert. Diese auf der Grundlage der BayBL entwickelte Kampagne wird bayernweit von insgesamt 20 Referententandems in zweitägigen Fortbildungsveranstaltungen umgesetzt und läuft noch bis 2015.



### 2.3. Vielfalt an Themen und Methoden im Fortbildungsangebot

Zur Unterstützung der Praxis bei der Umsetzung des Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplans (Bay-BEP) hat das Staatsinstitut für Frühpädagogik (IFP) von 2009 bis 2012 ein bayernweites Netzwerk von Konsultationseinrichtungen aufgebaut, das durch das StMAS finanziert wurde. Die Einrichtungen standen interessierten Teams aus anderen bayerischen Kindertageseinrichtungen sowohl für Konsultationen und Hospitationsanfragen als auch für Vorträge und Workshops zur Verfügung. Sie wollen mit Unterstützung des IFP auch weiterhin kooperieren.

Neben den klassischen Fortbildungsformaten der Regelfortbildung (z.B. Vorträge, Workshops, Kurse)

wurde mit dem Sprachberaterprojekt von 2009 bis 2012 eine besondere Form der Teamqualifizierung angeboten. Mit dem Inhouse-Coaching, das insgesamt 170 Stunden umfasste (davon 115 in der Einrichtung), konnten die Teams von rund 1.900 bayerischen Kindertageseinrichtungen individuell und nach Bedarf zur Sprachentwicklung und sprachliche Bildung beraten werden. Bayern nimmt auch an dem Programm „Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ des Bundesfamilienministeriums teil, durch das in den Einrichtungen u.a. eine zusätzliche, auf sprachliche Bildung spezialisierte Kraft beschäftigt werden kann. Durch das Bundesprojekt wird das bayerische Sprachberaterprojekt organisch fortgesetzt.

Eine besondere Zielgruppe wird mit der Qualifizierungskampagne Quaka - Qualifizierungskampagne für Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen mit Kindern unter drei Jahren angesprochen. Zentrales Ziel dieses intensiven Fortbildungsangebots ist es, neben dem quantitativen Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder

unter drei Jahren die Qualität der Bildung, Betreuung und Erziehung für die Kleinsten zu gewährleisten. Ausbau des Platzangebots und Sicherung der Qualität gehen Hand in Hand. Es werden mehrtägige Fortbildungen sowohl für Einzelpersonen als auch ganze Teams angeboten.

Einen Überblick über alle staatlich geförderten Fort- und Weiterbildungen für pädagogische Kräfte in Kindertageseinrichtungen, die von den Spitzenverbänden

der Wohlfahrtspflege und der Bayerischen Verwaltungsschule ausgeschrieben werden, erhalten alle Interessierten seit gut zwei Jahren online in der trägerübergreifenden Fort- und Weiterbildungsdatenbank [www.fortbildung.ifp.bayern.de](http://www.fortbildung.ifp.bayern.de)

## 3 Gewinnung von Fachkräften und Schaffung multiprofessioneller Teams in bayerischen Kindertageseinrichtungen

Zur Gewinnung zusätzlicher Fachkräfte wurden die Ausbildungskapazitäten an den Fachakademien für Sozialpädagogik in den vergangenen Jahren um über 500

Plätze erweitert. Das Familienministerium flankiert diese Maßnahme mit der Weiterbildung von geeigneten Ergänzungskräften, in der Regel Kinderpfleger/innen, und Quereinsteiger/innen zu pädagogischen Fachkräften in 40 berufsbegleitenden Kursen. Dazu gehören Vorbereitungskurse auf die Externenprüfung an den Fachakademien für Sozialpädagogik zur „Staatlich anerkannten Erzieherin“/zum „Staatlich anerkannten Erzieher“ ebenso wie Zertifikatskurse, die zur Tätigkeit als pädagogische Fachkraft in bayerischen Kindertageseinrichtungen befähigen. Insgesamt sollen auf diese Weise weitere 1.000 erfahrene pädagogische Kräfte berufsbegleitend zur Fachkraft im Erziehungsdienst qualifiziert werden. Darüber hinaus werden seit 2011 mit speziellen Wei-

terqualifizierungsangeboten für Grundschullehrkräfte und Heilerziehungspfleger/innen verwandte Berufsgruppen für die pädagogische Arbeit in Kindertageseinrichtungen gewonnen.

Beide können bereits während der Qualifizierungsphase im Anstellungsschlüssel gemäß § 17 AVBayKiBiG berücksichtigt werden. Nach Abschluss der Qualifikation sind die Grundschullehrkräfte im Erziehungsdienst und die Fachkräfte im Erziehungsdienst (Heilerziehungspfleger/innen) in den so entstehenden multiprofessionellen Teams eine Bereicherung für die Einrichtungen. Sie leisten wertvolle Dienste für die Zusammenarbeit mit der Schule und die Umsetzung von Inklusion.

### Zahlen und Fakten

<b>Projekt „Sprachberatung in Kindertageseinrichtungen“</b> Ausbildung von 221 Sprachberater/innen Inhouse-Coaching für rund 1.900 bayerische Kindertageseinrichtungen	Projektlaufzeit: 2008-2011/12 Fördersumme: ca. 20 Mio. €
<b>Netzwerk „Konsultationseinrichtungen“</b> Aufbau eines bayernweiten Netzwerks von 28 KoKitas	Projektlaufzeit: 2009-2012 Fördersumme: 1,6 Mio. €
<b>Fortbildungskampagne „Vorkurs Deutsch 240“</b> Fortbildung für pädagogisches Personal und Grundschullehrkräfte	Projektlaufzeit: 2010-2013 Fördersumme: 196 Tsd. €
<b>Bayerische Leitlinien für die Bildung und Erziehung von Kindern bis zum Ende der Grundschulzeit (BayBL)</b> Gemeinsamer Bezugs- /Orientierungsrahmen für Kitas und Schulen	Veröffentlichung: 2012 Umsetzungskosten: 97 Tsd. €
<b>Regelfortbildung</b> Qualifizierung des pädagogischen Personals zur Umsetzung des BayBEP, wechselnde inhaltliche Schwerpunkte	seit 2005 Fördersumme jährlich: 1,7 Mio. €
<b>Quaka - Qualifizierungskampagne für Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen mit Kindern unter drei Jahren</b> Qualitätssicherung in der pädagogischen Arbeit mit Kindern unter drei	Projektlaufzeit: 2008-2014 Fördersumme: 560 Tsd. €
<b>Weiterqualifizierung „Ergänzungskräfte zu Fachkräften“</b> Gewinnung von rd. 1.000 pädagogischen Fachkräften	Projektlaufzeit: bis 2014 Fördersumme: 2,4 Mio. €
<b>Qualifikationsmaßnahme von Heilerziehungspfleger/innen zu Fachkräften in Kitas</b>	Projektlaufzeit: bis 2014 Fördersumme: 380 Tsd. €
<b>Weiterbildung „Grundschullehrkräfte für den Erziehungsdienst“</b>	Projektlaufzeit: bis 2014 Fördersumme: 190 Tsd. €
<b>Öffentlichkeitskampagne „Herzwerker“</b>	Projektlaufzeit: bis 2014
Kampagne „Herzwerker-Kindertagesbetreuung“ zur Gewinnung von männlichen Fachkräften für sozialpädagogische Berufe in der Kindertagesbetreuung, derzeit in Entwicklung	Fördersumme: 110 Tsd. €

# Fachkräfte in KITAS - Qualifikationen und Weiterentwicklungen

Die Diskussion um das Arbeitsfeld Kita und dessen Fachkräfte hat in den letzten Jahren einen breiten Raum in der öffentlichen Diskussion eingenommen. Auf der einen Seite wurden eine „Professionalisierung in der Frühpädagogik“ und die „Akademisierung der Erzieherausbildung“ thematisiert, auf der anderen Seite eine „Verkürzung der Erzieherausbildung“ und „Zugangswege für Quereinsteiger“ gefordert. Auch stellt sich zunehmend die Frage, wie überhaupt Fachkräfte zu gewinnen sind und ob sich die hochgesteckten Ausbauziele im Krippenbereich aufgrund fehlender Fachkräfte überhaupt erreichen lassen. Laut dem Bildungsmonitor der Bertelsmann Stiftung fehlen in Bayern schon jetzt 3.400 ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher.

**Wer arbeitet denn eigentlich in einer Kita in Bayern?  
Es müssen alle pädagogischen Mitarbeitenden in den  
Blick genommen werden**

Im Fokus der öffentlichen Diskussion wie auch bei fachlichen Überlegungen zur Weiterentwicklung der Ausbildung steht die Berufsgruppe der Erzieherinnen und Erzieher. Die Beschäftigten in diesem Beruf sind zwar zahlenmäßig die größte Berufsgruppe in der Kita. Ihr Anteil liegt jedoch mit 52 Prozent gerade mal knapp über der Hälfte (Statistisches Bundesamt 2010). Staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher werden in Bayern an Fachakademien für Sozialpädagogik ausgebildet. Fachakademien sind Einrichtungen der beruflichen Weiterbildung, die auf eine gehobene Berufslaufbahn vorbereiten. Die Bildungsgänge setzen einen mittleren Schulabschluss voraus sowie eine in der Regel mindestens zweijährige einschlägige berufliche Erstausbildung.

37 Prozent der Mitarbeitenden in der Kita sind Kinderpflegerinnen und -pfleger. Sie haben eine zweijährige Fachschulausbildung, deren Zugangsvoraussetzung der Hauptschulabschluss ist. Sie zählen nach dem BayKiBiG nicht zu den Fach-, sondern zu den Ergänzungskräften. Der Anteil akademisch ausgebildeter Fachkräfte liegt bei ca. drei Prozent. In Bayern existieren derzeit an vier Hochschulen für angewandte Wissenschaften sowie an zwei Universitäten Studienangebote mit einer im weiteren Sinne elementarpäda-



**Christiane Münderlein**

Vorstand Beratung, Bildung, Pädagogik  
Evangelischer KITA-Verband Bayern e.V.  
E-Mail: [Christiane.Muenderlein@evkita-bayern.de](mailto:Christiane.Muenderlein@evkita-bayern.de)

gogischen Ausrichtung (Schneider, 2011).

Insgesamt zeigt Bayern bundesweit mit 55 Prozent den niedrigsten Anteil von Fachkräften (Kettner, 2012). In bayerischen Kitas arbeiten dreimal mehr Kinderpflegerinnen und -pfleger als im Bundesdurchschnitt. Rechnet man heraus, was an Anleitungs- und Leitungsaufgaben sowie Kooperationsaufgaben mit Eltern und anderen Organisationen (z. B. Schule) ausschließlich von Erzieherinnen und Erziehern oder akademisch ausgebildetem Personal geleistet wird, ergibt sich für die konkrete Arbeit mit den Kindern ein Anteil von Kinderpflegerinnen und -pflegern sowie anderen Ergänzungskräften von weit über 50 Prozent. Aufgrund dieser Situation ist bei Überlegungen zur Weiterentwicklung einzelner beruflicher Ausbildungen das gesamte Arbeitsfeld mit den unterschiedlichen Berufsgruppen in den Blick zu nehmen. Aufgrund des hohen Anteils an Ergänzungskräften stehen derzeit Fachkräfte in Bayern vom ersten Arbeitstag an vor der Situation, formal weniger qualifiziertes Personal anzuleiten und die Bildungsprozesse von durchschnittlich 25 Kindergartenkindern bzw. zwölf Krippenkindern selbstständig und verantwortlich zu begleiten. Hier unterscheidet sich Bayern deutlich von anderen Bundesländern, dies ist bei Diskussionen um Länge und Inhalte der Ausbildung zu berücksichtigen.

## Die Mitarbeiterqualifikation ist von zentraler Bedeutung

Gestützt durch Forschungsergebnisse, herrscht allgemein Einigkeit darüber, dass gut ausgebildete und geschulte Fachkräfte ein Schlüsselfaktor für die Bereitstellung hochwertiger Kita-Angebote und somit für eine optimale kognitive und soziale Entwicklung der Kinder sind (STARTING STRONG III, 2013). Forschungsergebnisse zeigen, dass das Verhalten der

Mitarbeitenden ein maßgeblicher Faktor ist und dass eben dieses Verhalten in direktem Zusammenhang mit deren Aus- und Weiterbildungen steht. Daher sind die Qualifikation sowie die Aus- und Weiterbildung von Personal ein wichtiges politisches Thema (OECD 2006, zit. n. Starting Strong III 2013).

Die Schlüsselrolle, die das Personal spielt, zeigt sich hauptsächlich in der Auswirkung auf die Prozessqualität (Sheridan, 2009; Pramling und Pramling Samuelsson, 2011, zit. n. Starting Strong III, 2013). Es spricht vieles dafür, dass höher qualifiziertes Personal ein bereicherndes und pädagogisch wertvolleres Umfeld fördert, was wiederum zu besseren Bildungs- und Entwicklungsergebnissen bei Kindern führt (Litjens und Taguma, 2010, zit. n. Starting Strong III, 2013). Schlüsselmerkmale einer hohen Qualifikation sind sowohl Art und Weise, in der Mitarbeitende Kinder einbeziehen und die Interaktion mit und zwischen den Kindern fördern, als auch die Methoden des Personals, Kinder – zum Beispiel durch Anleiten, Vorbildfunktion und Hinterfragen – gezielt in ihren Aktivitäten zu unterstützen und anzuregen (Starting Strong III, 2013, S. 183). Wichtigste Voraussetzung für gelingende Bildungsprozesse sind jedoch sichernde und verlässliche Beziehungen. Das bedeutet, dass die Beziehungskompetenz des pädagogischen Personals und die Beziehungsangebote an die Kinder entscheidend sind. Neben der Qualifikation des Personals ist ein guter und verlässlicher Betreuungsschlüssel unerlässlich.

Die Bedeutung einer hohen Qualifikation sagt jedoch noch nicht, mit welchen Voraussetzungen, an welchem Bildungsort, in welcher Zeit und mit welcher Bedeutung von lebenslangem und beruflichem Lernen eine qualitativ hochwertige Aus- und Weiterbildung stattfinden sollte.

### Worauf es ankommt: die Qualität in den Kitas 6 Thesen zur Weiterentwicklung von Aus- und Weiterbildung

Folgende Thesen möchte ich in die Diskussion einbringen. Sie beruhen sowohl auf der eigenen Praxis in der Kita als auch auf jahrelanger Erfahrung in der Fachberatungs- und Weiterbildungsarbeit sowie auf der Mitwirkung in unterschiedlichen landes- und bundesweiten Fachgremien zur Weiterentwicklung von Aus- und Weiterbildung.

#### 1. Pädagogische Mitarbeitende müssen Fachkräfte sein

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass die Qualität der Ausbildung einen entscheidenden Beitrag auf die pädagogische Interaktion zwischen Mitarbeitenden und Kindern und damit auf das Gelingen von frühkindlicher Betreuung, Erziehung und Bildung hat. Dass Ergänzungskräfte mit einer formal sehr geringen

Ausbildung einen Großteil des Tages mit den Kindern verbringen, entspricht nicht dem Standard, den man von einer fortgeschrittenen Industrienation erwarten darf. Der Anteil von Ergänzungs- und Assistenzkräften sollte bei Neuanstellungen auf unter 10 Prozent zurückgefahren werden. Bereits angestellte Kinderpflegerinnen und -pfleger sind über mehrjähriges koordiniertes berufsbegleitendes Weiterbildungskonzept zu Fachkräften zu qualifizieren. Glücklicherweise wurde bei dem Thema „Ausbildung“ in den letzten Jahren meist nur die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern in der Öffentlichkeit in den Blick genommen. Eine öffentliche Diskussion darüber, dass ein Großteil des Personals formal geringer qualifiziert ist als die meisten anderen vergleichbaren Berufe, würde dem Ansehen der Kita und der Vertrauensleistung schaden, die Eltern diesen Einrichtungen entgegenbringen. Ausdrücklich betonen möchte ich, dass es sich hier immer um die formale Qualifizierung handelt. Sehr häufig sind in den Kitas hochkompetente Kinderpflegerinnen und -pfleger sowie andere Ergänzungskräfte anzutreffen. Aufgrund von hoher persönlicher Kompetenz und meist intrinsisch motivierter non-formeller und informeller (Weiter-)Bildung werden diese Mitarbeitenden von Kindern, Eltern und Trägern hochgeschätzt. Dieser Personengruppe sollte ein Aufstieg sowohl bezüglich des Status als auch des Einkommens gewährt werden.

#### 2. Eine hochwertige praxisintegrierte dreijährige Fachkraftausbildung muss entwickelt werden

Hier ist der Schwerpunkt auf die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern zu legen. Die Ausbildung soll den mittleren Bildungsabschluss voraussetzen und aufgrund ihrer praktischen Ausrichtung auch Abiturientinnen und Abiturienten sowie Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger ansprechen. Folgende Fähigkeiten sollen schwerpunktmäßig im Rahmen der Ausbildung entwickelt werden:

- Gutes Verständnis der kindlichen Entwicklung und des kindlichen Lernens
- Fähigkeit zur Weiterentwicklung der kindlichen Sichtweise
- Sicheres Leiten von Kindergruppen und Gruppenprozessen, Problemlösungsfähigkeiten und Fähigkeiten zur Umsetzung des Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplans sowie die Gestaltung individueller Bildungs- und Entwicklungspläne
- Guter Wortschatz und die Fähigkeit, den Kindern eigene Gedanken zu entlocken
- Feinfühligkeit und Zugewandtheit im Umgang mit Kindern und Eltern

Absolventinnen und Absolventen dieser Ausbildung sollen nach entsprechender Berufserfahrung durch eine berufsbegleitende Weiterbildung bzw. die Einführung



einer berufsbegleitenden „Meisterschule“ das Niveau der Erzieherin, des Erziehers mit Fachakademie- oder Bachelorabschluss (DQR 6) erreichen können. Für das Gelingen dieses Ausbildungstyps sind die Entwicklung der Kindertageseinrichtungen zu Ausbildungsorten und eine bereits entsprechend qualifizierte gute Praxis notwendig. Das derzeit in Baden-Württemberg laufende Projekt „PIA“ und das Bundesprojekt „Lernort Praxis“ können hier Impulse geben. Bis zu 40 Prozent des Personals einer Kita sollten diesem Qualifikationsniveau entsprechen.

### 3. Der Abschluss an einer Fachakademie und der Abschluss an einer Hochschule müssen gleichwertig sein

Die Berufsabschlüsse an Fachakademien und Hochschulen – Staatlich anerkannte/r Erzieher/-in und Kindheitspädagogin/-pädagoge (B. A.) – sind seit Januar 2012 in Stufe 6 des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) eingestuft. Beide Ausbildungen sind demnach nicht gleich, aber gleichwertig. Die Diskussion um die angemessene Einstufung von staatlich anerkannten Erzieherinnen und Erziehern sowie Hochschulabsolventinnen und -absolventen mit Bachelorabschluss in den Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) wurde und wird kontrovers geführt. Dabei ging es bei der Einstufung im Kern nicht um Erzieher/-innen und Kindheitspädagogen/-pädagoginnen (B. A.), sondern um mehr: Es geht um die Gleichwertigkeit der allgemeinen, der beruflichen und der hochschulischen Bildung. Und darin liegt meines Erachtens auch die Chance. Die Studiengänge „Erziehung und Bildung in der Kindheit“ an Hochschulen haben sich bundesweit seit 2004 entwickelt, die Ausbildung an der Fachakademie hat eine lange Tradition und hat sich stetig aufgrund der Bedürfnisse des Gesamtfelds der Kinder- und Jugendhilfe weiterentwickelt. Beide Ausbildungsgänge haben ihr je eigenes Profil, das zum Wohle der fachlichen Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen beitragen kann. Während Absolventinnen und Absolventen der Hochschulen eine notwendige wissenschaftliche Urteils- und Handlungsfähigkeit in die Arbeit einbringen, besitzen Absolventinnen und Absolventen der Fachakademien ein spezifisches Repertoire an fundierter Handlungs- und Methodenkompetenz im Kontext der gesamten Jugendhilfelandchaft. Wenn beide Ausbildungstypen ihre spezifischen Kompetenzen in die Arbeit mit Kindern, Eltern, Schule und Gemeinwesen einbringen, wird dies von großem Wert sein und gleichzeitig einen vielfältigen Zugang für eine breite Zahl an Schulabgängern ermöglichen. Nur durch unterschiedliche Bildungswege wird es möglich sein, den Fachkräftebedarf jetzt und in Zukunft zu sichern. Voraussetzung für das Nebeneinander beider Ausbildungen ist jedoch,

dass keine weitere Hierarchisierung des Arbeitsfelds stattfindet. Die Gleichwertigkeit der beruflichen/schulischen und der hochschulischen Ausbildung ist hier in besonderer Weise zu berücksichtigen. Eine ähnlich lange Ausbildungszeit (gerechnet von der mittleren Reife) trägt dem bereits Rechnung. Schwerpunkte der auf diesem Niveau ausgebildeten Fachkräfte sind die konzeptionelle Arbeit, zum Beispiel im Bereich der Inklusion, die Anleitungs- und Ausbildungstätigkeit, Elternbildung, Vernetzung ins Gemeinwesen, Gestaltung des Übergangs gemeinsam mit der Grundschule, Mitwirkung beim Kinderschutz, besondere Förderbedarfe bei Kindern und Zusammenarbeit mit Fachstellen. Mindestens 50 Prozent des Personals sollte auf diesem Niveau qualifiziert sein.

*Die Einstufung nach dem DQR 6 besagt, dass Absolventinnen und Absolventen beider Ausbildungsgänge „über Kompetenzen zur Planung, Bearbeitung und Auswertung von umfassenden fachlichen Aufgaben- und Problemstellungen sowie zur eigenverantwortlichen Steuerung von Prozessen in Teilbereichen eines wissenschaftlichen Fachs oder in einem beruflichen Tätigkeitsfeld verfügen. Die Anforderungsstruktur ist durch Komplexität und häufige Veränderungen gekennzeichnet“. (DQR 2012)*

Beide Ausbildungsgänge müssen sich an diesem Niveau und an den Herausforderungen der Praxis messen lassen. Langfristig kann auch über eine Zusammenlegung beider Ausbildungen nachgedacht werden. Dazu wären aber entsprechende Kapazitäten, etwa im Bereich der Hochschulprofessorinnen und -professoren, und eine entsprechende Abiturientenquote notwendig.

### 4. Leitungskompetenz wird nicht (nur) an der Hochschule erworben

Häufig wird die Forderung erhoben, dass Leitungsstellen mit akademisch ausgebildeten Fachkräften besetzt werden sollen. Diese Forderung greift meines Erachtens jedoch zu kurz. Für eine Leitungstätigkeit sind neben den erforderlichen persönlichen, fachlichen und Managementkompetenzen auch Berufs- und Lebenserfahrung entscheidend sowie eine spezielle Leitungsqualifizierung (mindestens 20 Tage). Die Übernahme von Leitungsstellen muss sowohl Erzieherinnen und Erziehern als auch Kindheitspädagoginnen und -pädagogen offenstehen.

### 5. Mehr gesellschaftliche Anerkennung und eine deutlich höhere Bezahlung

Erzieherinnen und Erzieher sowie Kindheitspädagoginnen und -pädagogen auf Fachakademie- bzw. Hochschulniveau müssen analog zu anderen akademischen Berufen entlohnt werden, je nach Funktion

zwischen Sozialpädagoginnen und -pädagogen sowie Grundschullehrkräften. Erzieherinnen und Erzieher mit einer dreijährigen Ausbildung sind auf dem Niveau der bisherigen Absolventinnen und Absolventen von Fachakademien zu vergüten. Außerdem ist während einer praxisintegrierten Ausbildung eine Ausbildungsvergütung zu bezahlen.

*„Um den Status und die Qualität der frühpädagogischen Arbeit zu verbessern, müssen Regierungen erwägen, für gleichwertige Qualifikationen in den Bereichen Frühpädagogik und Grundschulpädagogik gleiche Arbeitsbedingungen (Gehälter, Sozialleistungen und Möglichkeiten beruflicher Weiterentwicklung) einzuführen. Ein besonderes Augenmerk sollte hierbei darauf gelegt werden, berufsbegleitende Weiterbildungsmaßnahmen mit einem beruflichen Aufstieg und der Erlangung weiterer Qualifikationen zu verbinden.“ (OECD 2006, zit. n. Starting Strong III, 2013)*

### 6. Berufsbegleitende Weiterbildung und Durchlässigkeit für Fachkräfte

Neben einer hohen Qualität in der Ausbildung ist die kontinuierliche Weiterbildung der Fachkräfte erforderlich. Durch die starken Veränderungen, die das Arbeitsfeld zu verkraften hatte, war die Fortbildung in den letzten Jahren häufig von kurzfristigen Angeboten und Kampagnen geprägt. Hier gilt die Herausforderung, ein koordiniertes Gesamtkonzept zu entwickeln, Spezialisierungen zu ermöglichen und bei erfolgreicher Teilnahme Kompetenzen auch in der formalen Bildung anzuerkennen. Darüber hinaus ist das Fort- und Weiterbildungsangebot mit Maßnahmen der Inhouse-Schulung und anderen Trainingsmaßnahmen zu vernetzen und weiterzuentwickeln.

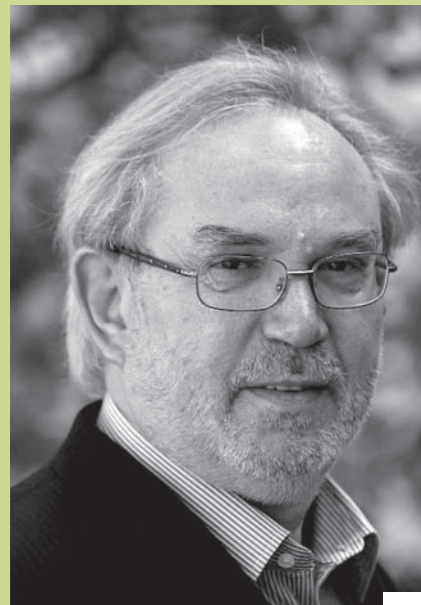
#### Literatur:

Aktionsrat Bildung (2012): *Professionalisierung in der Frühpädagogik. Qualifikationsniveau und -bedingungen des Personals in Kindertagesstätten*

Deutsches Jugendinstitut (2013): *Starting Strong III, Eine Qualitäts-Tollbox für die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung*

Kettner, Anja (2012): *Warum wir mehr und bessere Kitas brauchen. Zum Zusammenhang von frühkindlicher Betreuung und Fachkräftepotentialen*

Schneider, Helga (2011): *Qualität für Kinder. Weiterentwicklung der Qualifizierung des pädagogischen Personals für Kindertageseinrichtungen in Bayern. Impulspapier*



**Wolfgang Schindele**

Geschäftsführer

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Oberbayern

E-Mail: [gila.gehrig@awo-obb.de](mailto:gila.gehrig@awo-obb.de)

## „Kita ist wichtiger als Bares“ ...

...so betitelte die Süddeutsche Zeitung vom 30. April 2013 einen Bericht über zwei Studien des Ifo-Instituts zur Familienpolitik in Deutschland. Die Ergebnisse zeigen eine eindeutige Tendenz auf: Verbesserte Geldleistungen – dargelegt wird dies an den Erhöhungen des Kindergeldes – führen zu positiven Mitnahmeeffekten mit langfristig negativen Auswirkungen. Der Ausbau der öffentlich geförderten Kinderbetreuungsangebote hingegen zeigt deutlich positive Effekte. Familien fühlen sich in Fragen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützt, die wirtschaftliche Situation der Familien stellt sich nachhaltig positiv dar, und: Die Betreuung finanziert sich über erhöhte Steuereinnahmen größtenteils selbst! Die Ifo-Kinderbetreuungs-Studie, die bereits am 15. April 2013 veröffentlicht wurde, weist noch einen weiteren, bisher nicht gesehenen Zusammenhang nach: Der rapide Ausbau der Krippenplätze ließ die Geburtenrate erkennbar steigen (<http://www.cesifo-group.de>).

Die AWO kannte diese Fakten noch nicht. Dennoch befasste sie sich im Rahmen ihrer Bundeskonferenz bereits im Jahr 2008 ausführlich mit dem Ausbau von Plätzen in Krippen und in der Kindertagespflege. Sie begrüßte ausdrücklich die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren ab August 2013 und entschied sich für ein noch deutlich größeres Engagement in diesem Bereich. Damit rückte die AWO dieses Arbeitsfeld ganz bewusst stärker in ihren Fokus und verpflichtete sich, den Ausbauprozess auch unter Qualitätsaspekten zu flankieren: „Die angestrebte Erhöhung der Platzzahlen für Kinder – vor allem für Kinder unter drei Jahren – und die gestiegenen Erwartungen an Qualität, Flexibilität und Vernetzung mit anderen Unterstützungsangeboten für Familien sind für die AWO Verpflichtung und Chance, ihren sozialpolitischen Anspruch mit einer starken Positionierung in diesem Bereich zu verbinden. Die AWO nimmt diese gesellschaftspolitische Herausforderung an und beteiligt sich bundesweit aktiv am Ausbauprogramm“ (Bundeskonferenz 2008).

In der Folge rückte die AWO die Frage nach der pädagogischen Qualität der Angebote, speziell der für die Kinder unter drei Jahren, in den Mittelpunkt ihrer Diskussionen. Denn der Ausbau der Kindertagesbetreuung kann nur dann zur Realisierung des Wunsch- und Wahlrechts der Eltern und der Chancengerechtigkeit für alle Kinder beitragen, wenn frühkindliche Förderung in den Betreuungsalltag bewusst integriert wird und Eltern auf eine hohe Qualität in den Betreuungsangeboten vertrauen können. Zwischen der Bildungs- sowie der Förder- und Betreuungsfunktion besteht ein hoher Zusammenhang. Die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen – und auch in der Kindertagespflege – erhält mit der Aufgabentrias „Bildung, Erziehung und Betreuung“ einen umfassenden einheitlichen Sozialisationsauftrag. Diesen gilt es umzusetzen.

Die bayerische Arbeiterwohlfahrt beteiligte sich an der Diskussion zur Umsetzung des Bundeskonferenzbeschlusses intensiv und engagierte sich nachhaltig an der Ausgestaltung des Ausbaus. Dies zeigt sich einerseits an den Zahlen. In den Jahren 2008 bis 2012 schuf die AWO in Bayern 4.943 neue Plätze allein in Kindertagesstätten. Derzeit besuchen 22.444 Kinder unsere Einrichtungen, davon 4.218 Kinder unter drei Jahren. Andererseits – und dies ist zwingende Voraussetzung, um sich verantwortlich den Ausbauanforderungen zu stellen – intensivierte die AWO ihre Fort- und Weiterbildungsanstrengungen gerade in der Frühpädagogik

und verstärkte ihre Ausbildungsbemühungen. Im Ballungsraum München – hier zeigt sich das Fachkraftproblem ja am deutlichsten – gründete die AWO, namentlich der Bezirksverband Oberbayern, der Kreisverband München und die Hans-Weinberger-Akademie eine Fachakademie für Sozialpädagogik. Wegen der staatlichen Förderbedingungen mussten die drei Initiatoren der neuen Akademie über eine Million Euro Vorlaufkosten aufbringen, bevor die Förderung einsetzte.

Hier zeigt sich das politische Dilemma besonders deutlich: Für den Ausbau der Betreuungsangebote werden zwar erhebliche Mittel für die Investitionskosten bereitgestellt und es werden auch Anreize durch zusätzliche Betriebskostenförderung geschaffen. Aber – und hier sind wir wieder bei den Ergebnissen der Ifo-Studie – wenn wir den Eltern die erwartete Sicherheit geben wollen, dass wir Betreuungsangebote vorhalten, die Bildung, Erziehung und Betreuung in hoher Qualität beinhalten, Chancengerechtigkeit für alle Kinder unabhängig der Betreuungsform gewährleisten und die Vereinbarkeit von Berufs- und Familientätigkeit sicherstellen, dann darf nicht nur in Gebäude investiert werden. Dann muss vor allem in die Menschen investiert werden, die die Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsarbeit leisten. Um das zu erreichen

- muss die Ausbildung der pädagogischen Kräfte nachhaltig und dauerhaft kostenfrei gestaltet werden
- müssen ohne Kostenfolgen für die Bildungsträger die Bildungsangebote ausgeweitet werden, um ausreichend qualifizierte Kräfte bereitzustellen
- muss der Bildungsort Kita gestärkt werden (Praxisanleitung)
- müssen die Qualitätsstandards in der Kindertagespflege angehoben werden
- muss die Qualifizierung der Kindertagespflegepersonen vorangetrieben werden und
- die Anforderungen, die die Ausbildung zu pädagogischen Fachkräften und in der Folge der Beruf mit sich bringen, müssen tariflich stärker gewürdigt werden

Nimmt man die Ergebnisse der Ifo-Studie ernst, wird deutlicher denn je, dass jede Investition in die Kinderbetreuung eine Investition in die Zukunft – die jedes Einzelnen und die der Gemeinschaft – ist.

# Statt Qualität siegt Quantität: Das neue (BayKiBiG) enttäuscht.

Die gesetzliche Grundlage für die frühkindliche Bildung in bayerischen Krippen, Kindergärten, Tagesmütterstellen und Horten ist das Bayerische Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (BayKiBiG). Viel stärker als früher sollte bei der Novellierung des Gesetzes die Qualität im Vordergrund stehen. Alle Bemühungen der Wohlfahrtsverbände, die mehr Fachpersonal zum Beispiel für die Kitas forderten, sind nun leider gescheitert. Dabei setzen sich Experten für eine qualitativ anspruchsvolle und frühzeitige Bildungsarbeit ein. Um beim Start ins Leben nichts zu versäumen wird Bildung „quasi“ vorverlegt in die Kitas und Kindergärten. Selten hat ein gesellschaftliches Thema in der letzten Zeit so viel Aufsehen erregt wie die Betreuung unserer Kinder, wie beispielsweise die Kita-Platz-Garantie, die sogenannte „Herdprämie“ für diejenigen, die auf ihren Kita Anspruch verzichten, der Mangel an Erzieherinnen und Erziehern. Trotz massiver Proteste und öffentlichen Demonstrationen sind die Wohlfahrtsverbände mit ihren Forderungen für eine wirkliche Verbesserung des BayKiBiG bisher gescheitert.

„In Norwegen hat man vor zehn Jahren beschlossen, genau wie hier in Deutschland, jedem Kind einen Betreuungsplatz zu geben. Von diesem Moment an wurde nur noch auf Quantität, aber nicht auf Qualität geachtet! Ich sehe in Deutschland eine ganz ähnliche Entwicklung,“ kritisiert der dänische Familientherapeut Jesper Jull die Situation in seiner Heimat. Er warnt in seinem neuesten Buch „Wem gehören unsere Kinder“ (Der Essay erschien 2012 im Beltz Verlag) bei der Umsetzung des Krippenausbaus in Deutschland nicht aus den Fehlern beim institutionellen Krippenausbau in Skandinavien zu lernen. Er sagt: „Das Geld fehlt an jeder Ecke, da werden mehr Kinder in eine Gruppe gesteckt, nur um die Statistiken zu schönen.“ Für Bayern kommt die Kritik von Jesper Jul zu spät. Trotz vieler Diskussionen und Verhandlungen blieben am Ende wesentliche Forderungen auf der Strecke. Noch vor einigen Jahrzehnten war eine Kinderbetreuung außerhalb der Familie verpönt und der Zeitpunkt, ab welchem Alter ein Kind in den Kindergarten oder in die Kita gehört umstritten. Heute sind wir hier zwar viel weiter, haben es auch einige berufstätige und erfolgreiche Ministerinnen verstanden aufzuzeigen, dass ihre Kinder nicht verwahrlosen, nur weil die Mama,

## Hanna Hutschenreiter

Pressesprecherin

Bayerisches Rotes Kreuz

E-Mail: [hutschenreiter@lgst-brk.de](mailto:hutschenreiter@lgst-brk.de)

ihren beruflichen Ambitionen nachgeht. So werden heute immer mehr Kinder unter sechs Jahren tagsüber in Kinderkrippen, Kindergärten oder von Tagesmüttern betreut. Bis zum August im Jahr 2013 verspricht die Bundesregierung 35 Prozent der ein- bis dreijährigen Kindern einen Platz in einer Betreuungseinrichtung mitsamt einer „Rechtsgarantie“, so sagt es das „Kinderförderungsgesetz“. Ein ehrgeiziges Ziel, das bei den Verantwortlichen viel Druck erzeugt hat. Gleichzeitig musste die Novellierung des neuen Gesetzes verabschiedet werden. Als Träger von insgesamt 140 Kindertageseinrichtungen mit einer Betreuung von rund 7.000 Kindern und etwa 1.000 Fachkräften ist das BRK enttäuscht von dem neuen BayKiBiG.

Bund und Länder haben mittlerweile bereits sehr viel Geld in den Bau von Kindertagesstätten gesteckt. Nach dem quantitativen Ausbau sollte nun die Qualität der Kinderbetreuung im Fokus stehen. Doch diese scheint entgegen anderer Verlautbarungen auf der Strecke geblieben zu sein. Leidtragende sind die Kinder, deren Betreuer und die Eltern. Kindertageseinrichtungen sind neben der Familie die ersten Bildungsorte auf dem Weg zur späteren Schule. Niemand will und darf heutzutage nur betreuen, spielen oder gar aufbewahren. Um eine adäquate Umsetzung des Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplans erfüllen zu können, ist der Anstellungsschlüssel im neuen BayKiBiG für eine anspruchsvolle pädagogische Arbeit leider unzureichend, vor allem für Kinder bis drei Jahre, die einen höheren Betreuungsbedarf beanspruchen. Deshalb müssen wir auch nach der Verabschiedung des BayKiBiG weiterhin für mehr Qualität in den Kitas kämpfen. Der verabschiedete Schlüssel ist eine Zumutung für die betroffenen Kinder und deren Familien und gesellschaftlich nicht zu verantworten. Speziell die Jüngsten in den Kitas brauchen mehr Zuwendung und Betreuung, die Möglichkeit der Bindung zu einer festen Bezugsperson. Gerade in der Eingewöhnungszeit, wenn die Kinder neu in die Kita kommen, sind verlässliche Beziehungen und ausreichende Personal-

strukturen unerlässlich. Das Bayerische Rote Kreuz forderte daher bereits seit langem den bisher empfohlenen Anstellungsschlüssel von 1:10 als Mindestmaß festzusetzen, ohne Erfolg. Der im Gesetz formulierte Schlüssel von 1:11 kann somit nicht viel mehr als den Status quo aufrecht erhalten.

Seit fast drei Jahren ist das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Deutschland in Kraft. An seiner Umsetzung hapert es allerdings noch an vielen Stellen. Das gilt für die Kinderbetreuung auch noch nach der



Novellierung des BayKiBiG. Ein Beispiel: In Kindertagesstätten sind zunehmend verhaltensauffällige Kinder, die zwar nicht als „behindert, aber von wesentlicher Behinderung bedroht sind“ im Sinne des § 2 Abs.

1 ISGB IX und die einen besonderen Förderbedarf haben. Diese sogenannten „Risikokinder“, werden in dem Gesetz in ihrer Bedürftigkeit und in ihrer besonderen Situation nicht ausreichend berücksichtigt, ein Fehler, denn gerade sie müssten frühzeitig entsprechend gefördert werden.

Unabhängig vom BayKiBiG haben wir in der Kinderbetreuung grundsätzliche Personalprobleme. Das beste Gesetz hilft niemandem, wenn die entsprechenden Erzieherinnen und Erzieher fehlen. Allein die Bezahlung unserer Erzieherinnen erzählt viel von der Wertschätzung des Berufs und dem Stellenwert der Kinderbetreuung in unserem Land. Auf durchschnittlich 2.200 Euro brutto kommen Erzieherinnen nach fünf Jahren Berufsausbildung! Gleichzeitig müssen sie den Wettbewerb unter den Kindergärten mit ausba-

den. Kein Träger kann es sich heute mehr leisten, die Kita erst um acht Uhr aufzuschließen und um 16.00 Uhr dann wieder zuzumachen. Für die Eltern ist dies ein Fortschritt. Doch viele Einrichtungen können, um variable Öffnungszeiten und um den Eltern variable Betreuungsstunden anbieten zu können, ihr kostbares Fachpersonal nur über kurzzeitige und befristete Arbeitsverträge „an sich binden“. Zusätzlich erhöht sich somit der bürokratische Aufwand für die Mitarbeiter, weil die Träger von Jahr zu Jahr neu berechnen müssen, wie hoch die Förderung für die Bezahlung ihrer Angestellten ist.

Trotz verabschiedetem BayKiBiG müssen Politiker, Fachleute und Eltern im Diskurs bleiben, um darüber zu sprechen wie sich in der Praxis die Betreuungssituation weiter entwickelt. Nur so können wir unseren Kindern eine adäquate, fachlich anspruchsvolle und humane Kinderbetreuung bieten. Auch bleibt abzuwarten, welche Korrekturen die Überarbeitung der Ausführungsverordnung des BayKiBiG bringt. Unterstützung gibt es zunächst einmal durch das Bildungsfinanzierungsgesetz, das jetzt im April im Bayerischen Landtag verabschiedet wurde. Es enthält neben der Kompensation der wegfallenden Studiengebühren auch Förderangebote in der frühkindlichen Bildung. So sollen Kinder mit schlechten Sprachkenntnissen gefördert und der Betreuungsfaktor für Kinder unter drei Jahren verbessert werden.

## Weitere interessante Artikel finden Sie im Internet

[www.lagoefw.de/publikationen/weitere-veroeffentlichungen](http://www.lagoefw.de/publikationen/weitere-veroeffentlichungen)

Professor Dr. Annedore Prengel

### **Alle Kinder sind willkommen**

Was inklusive Kitas leisten und entwickeln müssen

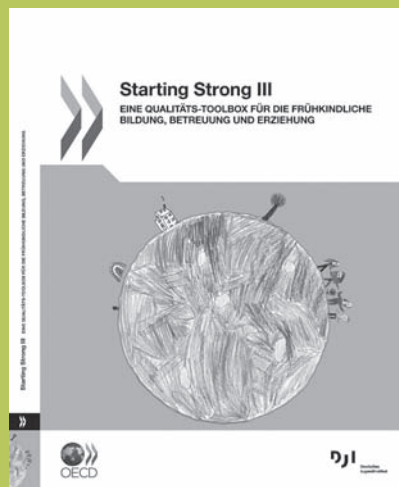
Professor Roswitha Sommer-Himmel

### **Wie gelingt's?**

Von der Kita zum Familienzentrum

## Starting Strong III

Eine Qualitäts-Toolbox für die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung



Die übersetzte Studie ist beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum download verfügbar:

[http://fruehe-chancen.de/files/themen/internationales\\_buero/application/pdf/starting\\_strong\\_iii\\_deutsche\\_version.pdf](http://fruehe-chancen.de/files/themen/internationales_buero/application/pdf/starting_strong_iii_deutsche_version.pdf)

## Memorandum - 10 Punkte für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor

Mit der in 2005 vorgenommenen Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe in die Grundsicherung nach SGB II - und damit in ein neues Hilfesystem - hat der Bund auch die Verantwortung für eine angemessene Mittelausstattung der Grundsicherungsstellen übernommen. Nach nunmehr ca. acht Jahren Erfahrung in der Umsetzung des SGB II kann festgestellt werden, dass „Fördern“ nicht immer im Gleichklang mit „Fordern“ steht.

Die Mitgliederversammlung der LAG Ö/F hat sich am 9. April 2013 ausführlich mit diesem Sachverhalt beschäftigt und sich das von ihrem Fachausschuss Arbeitsmarkt / ESF vorgelegte Papier zu eigen gemacht.

Es wurde an die bayerischen Abgeordneten des Bundestages und die Abgeordneten des Bayerischen Landtags verschickt.

Sie können das komplette Memorandum auf unserer Homepage downloaden. [www.lagoef.de/publikationen/weitere-veroeffentlichungen/](http://www.lagoef.de/publikationen/weitere-veroeffentlichungen/)



Jesper Juul

## Wem gehören unsere Kinder? Dem Staat, den Eltern oder sich selbst? Ansichten zur Frühbetreuung

3. Auflage 2012. 40 Seiten. Broschiert. 4,95 Euro  
Übersetzt aus dem Englischen von Kerstin Schöps  
ISBN 978-3-407-85970-9

Jesper Juul, der bekannte dänische Familientherapeut und Bestsellerautor, entlarvt in seiner Streitschrift die Interessen, die hinter der Kampagne »Jedem Kind einen Krippenplatz« stehen, ruft zur Selbstbestimmung der Eltern auf und macht sich für eine dramatische Verbesserung der Qualität unserer Kinderkrippen und Kindergärten stark. Ob Betreuungsgeld oder Krippenplatz - kaum ein Thema wird von Politikern und Eltern derzeit heftiger diskutiert. Was dabei häufig aus dem Blick gerät, ist das Wohl der Kinder. Juul beruft sich auf jahrzehntelange Erfahrungen beim Kita- und Krippenausbau in Skandinavien, wenn er uns eindringlich vor den gesellschaftlichen Folgen warnt, die Frühbetreuung nicht an die Bedürfnisse unserer Kinder anzupassen. Dass es möglich ist, dafür gibt er Beispiele und Eltern den Rat, sich nachhaltig für verschiedene Möglichkeiten optimaler Frühbetreuung ihrer Kinder einzusetzen.





# Fachtagung Generationenzusammenhalt

**Generationenarbeit in Bayern  
zukunftsfest gestalten**

**Donnerstag, 27. Juni 2013**

**Caritas-Pirckheimer-Haus Nürnberg**

Die LAG Ö/F veranstaltet mit Unterstützung des Bayerischen Staatministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen ihre diesjährige Fachtagung zum Thema Generationenzusammenhalt. Die Frage, mit welchen konkreten Maßnahmen der Generationenzusammenhalt in Bayern gestärkt und eine hohe Lebensqualität für alle Generationen auch in Zukunft erhalten werden kann, steht im Mittelpunkt der Veranstaltung.

Auf der Fachtagung soll im Rahmen von vier Foren die Generationenarbeit in Bayern genauer betrachtet und diskutiert werden:

- Generationenübergreifende soziale Netzwerke
- Mehrgenerationenwohnen
- Generationenarbeit in Kommunen, Kirchen und Verbänden
- Generationenarbeit im Bildungswesen

Der einführende Fachvortrag von Prof. Dr. Andreas Kruse, Universität Heidelberg, zum Thema „Bedeutung des Generationenzusammenhalts für die soziale Entwicklung in Bayern“ und eine Podiumsdiskussion unter Beteiligung von Herrn Staatssekretär Markus Sackmann sind weitere grundlegende Bausteine der Veranstaltung.

Bitte merken Sie sich diesen Termin vor:  
Donnerstag, 27. Juni 2013, um 9.30 Uhr in Nürnberg

Das ausführliche Programm und das Anmeldeformular finden sie auf der Homepage

**[www.lagoefw.de](http://www.lagoefw.de)**

# Für ein soziales Bayern

## Die Sozialcharta der Freien Wohlfahrtspflege

Die Sozialcharta für Bayern wurde von der Freien Wohlfahrtspflege Landesarbeitsgemeinschaft Bayern unter dem Titel „Exzellente soziale Güte - Maßstab einer lebenswerten Gesellschaft“ im Rahmen der jährlichen Klausurtagung Anfang Januar verabschiedet. Am 15. Januar stellte der bayerische Diakoniepräsident und derzeitige Vorsitzende der Freien Wohlfahrtspflege, Michael Bammessel, den Maximenkatalog erstmals der Öffentlichkeit vor. Die Charta enthält Aspekte, an denen aus Sicht der Freien Wohlfahrtspflege die soziale Qualität einer modernen Gesellschaft gemessen werden kann: Priorisierung sozialer Ziele, Bürgerbeteiligung, Förderung von Eigeninitiative, Gastfreundlichkeit, soziale Werteerziehung, Generationengerechtigkeit, konsequenter Kampf gegen Armut, Aufwertung sozialer Berufe, Nachhaltigkeit sowie Solidarität, Gerechtigkeit und Vielfalt. Zu jedem dieser Aspekte haben die Wohlfahrtsverbände programmatische Forderungen formuliert.

„Ein soziales Bayern muss sich ehrgeizige Ziele setzen“, unterstreicht Bammessel die Bedeutung der Charta. „Denn ein hoher sozialer Standard ist ein

entscheidendes Merkmal für die Güte einer Gesellschaft.“ Eine der zentralen Forderungen der Charta ist die grundlegende Aufwertung des sozialen Bereichs: „Der soziale Bereich ist nicht der Wundverband zum Kaschieren gesellschaftlicher Fehlentwicklungen und Defizite, sondern er hat Schlüsselfunktion für ein attraktives Land mit hoher Lebensqualität“, betont der Präsident der Diakonie Bayern und erklärt: „Wir sehen den sozialen Bereich nicht am Rand, sondern in der Mitte der Gesellschaft.“

Die Sozialcharta für Bayern steht im Internet unter [www.freie-wohlfahrtspflege-bayern.de](http://www.freie-wohlfahrtspflege-bayern.de) zum Download bereit. Seit kurzem besteht dort auch die Möglichkeit, die Charta online zu unterzeichnen. Innerhalb weniger Tage haben bis einschließlich 6. Mai 2013 bereits 148 Menschen diese Möglichkeit genutzt, sich für ein soziales Bayern stark zu machen. Die Liste der bisherigen Unterstützerinnen und Unterstützer findet sich unter [www.lagfw.de/fileadmin/user\\_upload/lagfw/sozialpolitik/themen/13-05-06\\_unterzeichner\\_sozialcharta.pdf](http://www.lagfw.de/fileadmin/user_upload/lagfw/sozialpolitik/themen/13-05-06_unterzeichner_sozialcharta.pdf)

Thomas Nagel

### Ziele der Sozialcharta

1. Ein soziales Bayern hat ehrgeizige Ziele
2. Ein soziales Bayern ermöglicht jedem Menschen, sich zu beteiligen
3. Ein soziales Bayern fördert Eigeninitiative
4. Ein soziales Bayern ist ein gastfreundliches und offenes Land
5. Ein soziales Bayern baut auf die soziale Einstellung der Menschen
6. Ein soziales Bayern sorgt für Generationengerechtigkeit
7. Ein soziales Bayern findet sich nicht mit Armut ab
8. Ein soziales Bayern wertet soziale Berufe auf
9. Ein soziales Bayern sorgt heute vor für morgen
10. Ein soziales Bayern ist vielfältig, solidarisch und gerecht

### Freie Wohlfahrtspflege

Landesarbeitsgemeinschaft Bayern

### Exzellente soziale Güte

Maßstab einer lebenswerten Gesellschaft



Lessingstraße 1  
80336 München  
Tel. 089 54497-0  
Fax 089 5328028

[info@freie-wohlfahrtspflege-bayern.de](mailto:info@freie-wohlfahrtspflege-bayern.de)

[www.freie-wohlfahrtspflege-bayern.de](http://www.freie-wohlfahrtspflege-bayern.de)

Sozialcharta für Bayern

vorgelegt von der Freien Wohlfahrtspflege Bayern



## European Homeless Cup Munich 2013

Vom 25. bis 26. Juni 2013 findet in München auf dem Odeonsplatz die erste Fußball-Europameisterschaft für Wohnungslose im Straßenfußball statt.

Das Turnier wird von Anstoß! e.V., der Bundesvereinigung für Soziale Integration durch Sport, und vom Katholischen Männerfürsorgeverein München e.V. veranstaltet und organisiert. Die teilnehmenden Mannschaften (Männer und Frauen) stammen aus verschiedensten Einrichtungen für wohnungslose und suchtkranke Menschen in 14 europäischen Ländern.

Neben dem aktionsreichen Straßenfußball (2 x 7 Minuten, mit je drei Feldspielern und einem Tor-



wart) ist ein attraktives Begleitprogramm auf dem Odeonsplatz geplant. Die Besucher können sich über die Situation wohnungsloser Menschen in München und die Angebote der städtischen und verbandlichen Wohnungslosenhilfe bzw. der

Wohnraumversorgung informieren. Eine eigene Veranstaltungs-Homepage bietet weitere Informationen und Links zu den sozialen Netzwerken:

[www.european-homeless-cup.org](http://www.european-homeless-cup.org).

## Experten: Deutschland profitiert von Einwanderung

(epd). Deutschland profitiert nach Ansicht von Migrationsexperten von der gestiegenen Einwanderung aus EU-Staaten. «Die Zuwanderer sind jung, gut ausgebildet und sie kommen zahlreich», sagte die Vorsitzende des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Christine Langenfeld. So sind die Migranten im Durchschnitt zehn Jahre jünger als die alternde deutsche Mehrheitsbevölkerung. Jeder fünfte der 25- bis 44-jährigen Zugewanderten hat dem Gutachten zufolge einen Hochschulabschluss (20,7

Prozent), das gilt auch für Rumänen und Bulgaren. Die Sorge vor einer Einwanderung in die Sozialsysteme sei unberechtigt, heißt es in dem Gutachten weiter. Das Ausmaß des Sozialhilfebezugs von EU-Staatsangehörigen in Deutschland werde in der öffentlichen und politischen Diskussion regelmäßig überschätzt. So gingen fast drei Viertel (72 Prozent) der Bulgaren und Rumänen, die nach 2007 nach Deutschland gekommen und zwischen 25 und 44 Jahren alt sind, einer Erwerbstätigkeit nach. «Armutszuwanderung ist bislang die

Ausnahme, nicht die Regel», sagte Langenfeld.

Bei einem größer werdenden Wohlstandgefälle in Europa sei aber nicht auszuschließen, dass es dazu komme, sagte Langenfeld weiter.

Laut Migrationsbarometer 2013, einer Umfrage unter rund 2.200 Personen, bewährt sich die EU-Freizügigkeit «gerade in Zeiten der Staatsschuldenkrise». Demnach sind vier von fünf Befragten der Meinung, dass Deutschland daran mehr oder genauso wie andere Staaten profitiert.

### Impressum

*Bayerische Sozialnachrichten*  
Zeitschrift der Landesarbeitsgemeinschaft  
der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in  
Bayern (ISSN 1617-710X)

#### Herausgebende

Robert Scheller, Vorsitzender  
Gisela Thiel, Stellvertretende Vorsitzende  
Hendrik Lütke, Geschäftsführer

#### Verlag

Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und  
freien Wohlfahrtspflege in Bayern  
Nördl. Auffahrtsallee 14, 80638 München  
Telefon 089/153757- Telefax 089/15919270  
E-Mail: [LAGoefW-Bayern@t-online.de](mailto:LAGoefW-Bayern@t-online.de)  
Internet: [www.lagoefw.de](http://www.lagoefw.de)

#### Redaktion und Anzeigen

Hendrik Lütke (verantwortlich)  
Nördl. Auffahrtsallee 14  
80638 München  
Gültig ist die Anzeigenpreisliste vom 1.1.2013.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur unter Quellenangabe gestattet.

#### Redaktionsschluss

der Ausgabe 3/2013: 24. Juni 2013  
Die *Bayerischen Sozialnachrichten*  
erscheinen in jährlich fünf Ausgaben  
mit Beilage der Zeitschrift „Pro Jugend“.

#### Abonnementpreis

incl. Versandkosten und Mehrwertsteuer 20,45  
Euro pro Jahr. Kündigung des Jahresabonnements  
schriftlich bis sechs Wochen zum Jahresende. Bei  
Abonnenten, die am Lastschriftverfahren teilnehmen,  
wird der Jahresbetrag ohne Rechnungsstellung  
eingezogen.

#### Layout und Produktion:

Inge Mayer Grafik & Werbung  
Amundsenstr. 8, 85055 Ingolstadt  
Telefon 0841/456 77 66  
[ingemayer@t-online.de](mailto:ingemayer@t-online.de)

Druck: Jugendwerk Birkeneck  
Birkeneck, 85399 Hallbergmoos

## Mehr als 1,6 Millionen Kinder leben von Hartz IV

Im Dezember 2012 lebten in der Bundesrepublik Deutschland 1,603 Millionen Kinder im Alter von unter 15 Jahren in sog. SGB II-Bedarfsgemeinschaften (Hartz IV). Das hat das Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe in einem Zahlenvergleich errechnet.

Unter den Bundesländern ist Berlin mit deutlichem Abstand vor Bremen (30,6 Prozent) und Sachsen-Anhalt (26,1 Prozent) negativer Spitzenreiter. Aber auch in der Gruppe der Großstädte mit mehr als 400.000 Einwohnern leben nirgendwo so viele Kinder in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften. Am wenigsten betroffen sind die Kinder in den wirtschaftlich starken Bundesländern Bayern (6,7 Prozent) und Baden-Württemberg (7,9 Prozent). Bei den Großstädten schneidet München mit 11,7 Prozent am besten ab.

Insgesamt gesehen ist die Konzentration armer Kinder überwiegend ein Thema in den Großstädten und in Ostdeutschland. Dort lebt im Durchschnitt fast jedes vierte Kind von Hartz IV.

## Bayern unterstützt Kommunen bei Schulkindbetreuung

Der Freistaat Bayern hat zum Schuljahr 2012/2013 die Anzahl der Gruppen der Mittagsbetreuung auf gut 6.000 ausgeweitet, in der Mehrzahl davon werden die Kinder bis mindestens 15.30 Uhr betreut.

Konkret wurden im aktuellen Schuljahr an 964 Standorten 3.020 Ganztagsklassen gebildet, die von 59.000 Schülerinnen und Schülern der Grundschulen und weiterfüh-

renden Schulen besucht werden. Bei gebundenen Ganztagsklassen wechseln sich über den Tag hinweg Pflichtunterricht sowie weitere Angebote in Musik, Sport usw. ab.

Die Anzahl der offenen Ganztagsgruppen wurde auf 3.650 erhöht. Rund 84.000 Schülerinnen und Schüler nutzen die offenen Ganztagsgruppen an den weiterführenden Schulen.

## Selbsthilfeförderung der gesetzlichen Krankenkassen

Die gesetzlichen Krankenkassen in Bayern haben im vergangenen Jahr insgesamt 4,7 Mio. Euro für die Unterstützung der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe zur Verfügung gestellt.

2.144 Selbsthilfegruppen erhielten 2012 eine Fördersumme in Höhe von 2,45 Millionen Euro. Der bayerische Weg, das Ein-Ansprechpartner-Modell an den Runden Tischen hat maßgeblich zur erfolgreichen Vermittlung der Fördergelder beigetragen. Den einzelnen Selbsthilfegruppen vor Ort wird somit der Weg zu zahlreichen Einzelkassen erspart.

54 Landesorganisationen der Selbsthilfe erhielten 579.000 Euro für ihre speziellen Aufgaben. Zu Landesorganisationen schließen sich die Selbsthilfegruppen bestimmter Krankheitsbilder zusammen und bieten Vernetzung und Beratung. Sie sind die Interessenvertreter im gesundheits- und sozialpolitischen Bereich.

Weitere 1,22 Millionen Euro sind 2012 an die 26 Selbsthilfekontaktstellen in Bayern geflossen. Sie stehen in allen Regionen Bayerns als Ansprechpartner für selbsthilfeeinteressierte Bürger zur Verfügung.

## VdK: Barrieren in Kindergarten, Schule und Arbeitswelt müssen verschwinden

„Wir dürfen nicht nur darüber reden, wir müssen Inklusion voranbringen“, so die Landesvorsitzende des VdK Bayern, Ulrike Mascher, anlässlich des europaweiten Protesttags für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 5. Mai. Sie fordert konkrete Lösungsvorschläge von der Bayerischen Staatsregierung.

Im aktuellen Aktionsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention habe die Bayerische Staatsregierung nur vage Ziele formuliert. „Damit werden die Barrieren in allen gesellschaftlichen Bereichen nicht abge-

baut“, kritisiert Mascher. „Ob Kindergarten, Schule oder Arbeitsplatz: Es ist viel Luft nach oben.“ Bereits kleine Kinder mit Behinderung sollten aber die Möglichkeit haben, eine wohnortnahe und inklusive Betreuungseinrichtung zu besuchen. Das sei ein Gewinn für alle.“

Großen Handlungsbedarf sieht Mascher vor allem im bayerischen Schulsystem. Laut einer Bertelsmann-Studie ist der Inklusionsanteil in den vergangenen vier Jahren zwar bayernweit von 16,1 auf 22,4 Prozent gestiegen, liegt aber immer

noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 25 Prozent. Die gestiegene Inklusionsrate hat jedoch auch in Bayern nicht dazu geführt, dass weniger Kinder an Sonderschulen unterrichtet werden. Der Grund: Bei immer mehr Schülern wird sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt. „Das Ziel muss sein, dass alle Kinder eine gemeinsame Schule besuchen. Dafür brauchen auch die Lehrer entsprechende Aus- und Fortbildungen“, betont Mascher. „Überall dort, wo Menschen mit und ohne Behinderung zusammen lernen, steigt der Erfolg.“

## Ankündigung Fachtagung

Arbeitsförderung für Wohnungsnotfälle - wohin?  
Neue Perspektiven für eine inklusive Arbeitsförderung

13./14. Juni 2013 | Weimar

Die Arbeitsförderung für Langzeitarbeitslose nach dem SGB II/III steckt nach der so genannten Instrumentenreform in der Krise. Die Tagung soll Wege aufzeigen, wie man aus der Sackgasse wieder herausfinden kann.

### Weitere Informationen:

BAG Wohnungslosenhilfe e.V. | Thomas Specht, (05 21) 1 43 96 - 0  
thomasspecht@bagw.de | www.bagw.de

## Repräsentative Umfrage zur Pflegekammer in Bayern

Im Auftrag des Bayerischen Gesundheitsministeriums startete am 15. April 2013 eine repräsentative Befragung von Pflegefachkräften (mit abgeschlossener Ausbildung in mindestens einem der drei Pflegefachberufe in der Alten-, Gesundheits-, Kranken- und Kinderkrankenpflege, ob sie der Einrichtung einer berufsständischen Pflegekammer in Bayern zustimmen oder nicht. Die Umfrage dauert bis 15. Juni 2013 und wird anschließend ausgewertet. Eine Pflegekammer hat rein berufsrechtliche Aufgaben und ist weder an Gebühren- noch Entgeltverhandlungen oder gar an Tarifverhandlungen

beteiligt. Sie bringt eine kostenpflichtige Pflichtmitgliedschaft für alle Pflegefachkräfte mit sich, die in Bayern arbeiten oder leben und übt berufsrechtliche Aufsicht aus.

Es sind unterschiedliche Stellungnahmen für oder gegen die Einrichtung einer berufsständischen Pflegekammer veröffentlicht worden. Sie finden diese zum Beispiel auf den Internetseiten

[www.paritaet-bayern.de](http://www.paritaet-bayern.de)

<http://bayern.verdi.de> und

[www.stmug.bayern.de/gesundheits/pflegekammer/fragen\\_antworten.htm](http://www.stmug.bayern.de/gesundheits/pflegekammer/fragen_antworten.htm)

## Bundestag beschließt Gesetz zur Stärkung der Rechte von Opfern sexuellen Missbrauchs

Der Deutsche Bundestag hat den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Stärkung der Rechte von Opfern sexuellen Missbrauchs angenommen. Damit wird ermöglicht, die mehrfache Vernehmung von Kindern und Jugendlichen im Zusammenhang mit sexuellem Missbrauch zu vermeiden. Ergänzt werden die Vorschriften über den Ausschluss der Öffentlichkeit bei Hauptverhandlungen mit minderjährigen Opfern. Die Informationsrechte von

Opfern werden erweitert. Präzisiert werden die Regelungen zur Zuständigkeit der Jugendgerichte in Jugendschutzsachen.

Die bisherige Regelung zur Hemmung der Verjährung von zivilrechtlichen Ansprüchen wegen Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung bis mindestens zum vollendeten 21. Lebensjahr bleibt erhalten. Die strafrechtliche Verjährung ruht künftig ebenfalls bis zum vollendeten 21. Lebensjahr.

## Opposition kritisiert Initiative gegen Armutseinwanderung

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) und seine Kollegen aus Österreich, den Niederlanden und Großbritannien fordern von der Europäischen Union ein schärferes Vorgehen gegen Armutsmigration aus anderen Mitgliedstaaten. Die EU-Kommission reagiert skeptisch, konkrete Zahlen kann Friedrich nämlich nicht vorweisen.

Grünen-Chefin Roth spricht indes von einer üblen Kampagne, die den Rassismus gegen Minderheiten nur noch weiter befeuert. Kritik erntete Friedrich auch von der SPD: "Statt populistischer Stimmungsmache sollte sich die Bundesregierung darum bemühen, den besonders von der Armutswanderung betroffenen Kommunen in Deutschland kurzfristige Hilfe zur Verfügung zu stellen", sagte die SPD-Bundestagsabgeordnete Kerstin Griese.

## Projekteatlas zu „Hilfen für Kinder psychisch erkrankter Eltern“

Der Dachverband Gemeindepsychiatrie veröffentlichte im Februar einen interaktiven Projekteatlas zu „Hilfen für Kinder psychisch erkrankter Eltern“. Anspruch des Projekteatlas ist es, leicht zugängliche und niedrigschwellige Hilfen - insbesondere für Familien mit Kindern, in denen ein Elternteil erkrankt ist, aufzunehmen und darzustellen. Bislang wurden über 300 Angebote in Deutschland mit Arbeitsschwerpunkten und Kontaktdaten aufgenommen. Betroffene, Angehörige, Profis und Interessierte können sich hiermit einen Überblick verschaffen, welche Projekte es in ihrer Region gibt.

Weitere Infos: [www.psychiatrie.de](http://www.psychiatrie.de)

# Absolut an der Kante - Pflege in Bayern

## Ein Symposium im Bayerischen Landtag

Es gibt Tagungen, deren Vorgeplänkel und Nachspiel mindestens genauso aussagekräftig sind wie die Tagung selbst. So erging es auch dem Symposium „Absolut an der Kante - Pflege in Bayern“, das die Initiative „Wert der sozialen Arbeit“, der die Freie Wohlfahrtspflege, Landesarbeitsgemeinschaft Bayern und die Gewerkschaft ver.di angehören, am 26. Februar 2013 im Bayerischen Landtag veranstaltete.

### I. AKT: DAS VORSPIEL.

#### ODER: McHADERTHAUER

Die Pflege absolut an der Kante, das machte neugierig. Wann immer in den letzten Jahren die Presse von neuen Pflegeskandalen berichtete, hatten die Träger unisono reagiert: Einzelfall, nicht die Regel, wir bieten gute Pflege, aber die finanziellen und personellen Rahmenbedingungen müssen dennoch verbessert werden. Nun also eine Kehrtwende, die Pflege absolut an der Kante? In der Einladung hieß es: „Die Grenze des Zumutbaren ist längst erreicht. Die Politik ist jetzt dringend aufgefordert zu handeln.“ Sozialministerin Christine Haderthauer sah sich zunächst nicht aufgefordert. Sie sagte ihre Teilnahme ab, und sie begründete dies mit einer zu späten Einladung, sie habe schon einen anderen Termin angenommen, einen Besuch bei McDonalds in München, um sich dort über die Ausbildungsmöglichkeiten von sozial und individuell benachteiligten Jugendlichen zu informieren. Ohne Zweifel auch ein soziales Kernthema, wie das Ministerium eifertig seine Chefin verteidigte. Die Veranstalter des Pflegesymposiums äußerten dennoch ihr Unverständnis, beklagten eine falsche Prioritätensetzung der Ministerin und Dietrich

Mittler, der Top-Sozialpolitiker der Süddeutschen Zeitung, machte sich in seinem Blatt in einer bösen Glosse so lustig über „McHaderthauer“, dass es zu einem Sinneswandel kam: Haderthauer erschien spät, aber rechtzeitig zur Podiumsdiskussion im Landtag und setzte sich kampfeslustig in die erste Reihe.

### 2. AKT: DIE VERSCHIEBESTORY.

#### ODER: SCHULD IST DAS VOLK

Im Landtag hatte inzwischen der Heidelberger Pflegewissenschaftler Andreas Kruse in einfühlsamen Worten für eine menschenwürdige Pflege geworben, an der ethisch kein Weg vorbeiführe. Dafür gab es rauschenden Beifall. Wie Pflege im Alltag aussieht, als Leben an der Kante, das stellten ungeschminkt Praktiker aus der stationären und ambulanten Altenpflege und der Ausbildung dar. Massiver Fachkräftemangel zwingt die Träger zum Einsatz von unerfahrenem, psychisch labilem Personal auch an Führungspositionen. Von Burn out, Nervenzusammenbrüchen wegen permanenter Überlastung der Mitarbeitenden

kam, das mag nicht nur manchen der 20 anwesenden Landtagsabgeordneten überrascht haben. Solche Offenheit waren sie höchstens aus Vier-Augen-Gesprächen gewohnt. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di wusste das natürlich alles. Ihr Landesfachbereichsleiter für Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen, Dominik Schirmer, wurde grundsätzlich: „Begleitung, Betreuung und Pflege können nicht nach ökonomischen Kriterien und nicht nach Modellen des Wettbewerbs und der Profitmaximierung ausgerichtet werden, wie sie in der freien Wirtschaft bekannt sind.“ Schirmer ahnte wohl, dass so gesellschaftskritisch niemand im Bayerischen Landtag diskutieren wollte, und so fügte er als gewerkschaftliche Kernforderung an: „Die Träger müssen in die Lage versetzt werden, über Pflegesätze und Gebühren die Bezahlung angemessener Löhne und Gehälter zu finanzieren.“ Dreh- und Angelpunkt einer menschenwürdigen Pflege sei eine angemessene Personalausstattung und eine ebenso angemessene Bezahlung des Personals, an beidem mangle es. Das hatte auch Diakonie-Präsident

Die Kernforderungen der Initiative „Wert der sozialen Arbeit“ für ambulante, teilstationäre und stationäre Pflegeeinrichtungen finden Sie hier:

[www.lagfw.de/index.php?id=189](http://www.lagfw.de/index.php?id=189)

wurde berichtet, und was das für eine menschenwürdige Pflege bedeute. Von Pflegefehlern war die Rede, wegen mangelnder Qualifikation und, immer wieder, körperlicher und psychischer Überlastung der Pflegenden vor allem in den Heimen. Das alles kannte man, nur dass es so offen von den Wohlfahrtsverbänden

Michael Bammessel, im Jahr 2013 Vorsitzender der Freien Wohlfahrtspflege Bayern, in der Darstellung von sieben gemeinsamen Forderungen der Wohlfahrtsverbände und ver.di sagen wollen (vgl. Kasten oben). Doch dafür reichte die Zeit nicht, Bammessel nahm seine Forderungen mit auf das Podium. Dort woll-

te BRK-Geschäftsführer Leonhard Stärk die Anklagerolle gegen „die Politik“ übernehmen, die viel zu wenig für eine menschenwürdige Pflege im angesprochenen Sinn tue. Haderthauer konterte ihn routiniert aus. Letztlich seien die Träger selbst verantwortlich, wenn sie nicht in der Lage seien, mit den Kostenträgern, also den Bezirken und den Pflegekassen angemessene Entgelte und Gebühren auszuhandeln. Manche könnten das, von denen höre man nichts, andere könnten es offenbar nicht. Außerdem sei man in Bayern, und die Pflegeversicherung sei eine Bundesangelegenheit, sagte eine Ministerin, deren Partei sonst nicht müde wird, die Bundespolitik vor sich herzutreiben. Die Vertreter der Kostenträger auf dem Podium, der oberbayerische Bezirkstagspräsident Josef Mederer und der AOK-Vorstandsvorsitzende Helmut Platzer wiesen die alleinige Sündenbockrolle umgehend zurück: Pflege koste Geld, von dem nicht genug da sei, und sie fanden schließlich den wirklichen Schuldigen: die Bevölkerung. Dieser solle man nahebringen, dass sie für die Pflege ihrer alt und gebrechlich gewordenen Mütter und Väter mehr Geld aufwenden müsse als sie das bisher tue. Darüber begann sich dann ein einmütiger Konsens auf dem Podium anzubahnen, denn Probleme abzuschieben auf den nicht greifbaren Souverän, das Volk, dem wollte man sich nicht entziehen, weil man so jede Verantwortung ins gesellschaftliche Nirwana abschieben konnte. Leonhard Stärk und Michael Bammessel warnten denn auch vor diesem billigen Trick: die Politik drehe an den großen Rädern, da könne sich Haderthauer nicht herausreden. Das tue sie ja auch nicht, beruhigte die Ministerin und verwies darauf, dass der Freistaat schon

immer berechnete Forderungen der Wohlfahrtsverbände gegenüber den Kostenträgern unterstützt habe, dies werde er auch weiterhin tun. So endete die Diskussion, und AWO-Chef Thomas Bayer, SPD-MdL, 2013 stellvertretender Vorsitzender der Freien Wohlfahrtspflege, konnte das Versprechen in seinem Schlusswort gut aufgreifen: Was der Staat tun könne, um die Rahmenbedingungen zu verbessern, das müsse er auch tun. Im Übrigen sei nur ein Tariflohn ein richtiger Lohn und nur er könne Lohndumping verhindern. Und wenn in der Diskussion öfter gesagt worden sei, das zur Verfügung gestellte Geld müsse auch am Pflegebett ankommen, könne er nur antworten: Die Freie Wohlfahrtspflege sei zu jeder Art von Transparenz bereit. Dann war die Veranstaltung mit 300 Besucherinnen und Besuchern zu Ende. SZ-Journalist Dietrich Mittler hatte das Ende genau beobachtet: „Die Veranstaltung endete mit eher verhalten vorgetragenen Einladungen zum Dialog, und am Ende der Podiumsdiskussion verließen die Teilnehmer den Saal - jeder in eine andere Richtung.“ So läutete er den 3. Akt ein.

### 3. AKT: DAS ENDE. ODER: KAMPFLOS IN DEN UTERGANG?

Drei Tage nach der Veranstaltung legte Mittler mit einem Kommentar in der SZ nach, der es mehr als in sich hatte. Erst warf er Haderthauer vor, sie habe es sich allzu leicht gemacht. Auch wenn sie formaljuristisch für manche Sachverhalte nicht zuständig seien, so gebe es für Minister doch genug politischen Spielraum. Der frühere Gesundheitsminister Markus Söder habe das vorgemacht, setzte er eine

## Fachtagung

Familienkompetenzen stärken -  
Herausforderungen  
und hilfreiche Wege  
18./19.06.2013  
in München

Kosten: 210,- €  
(ohne Übernachtung, mit Verpflegung)  
Kosten: 293,- €  
(mit Übernachtung, Verpflegung)

**Anmeldung/Programm:**  
LVkE-Geschäftsstelle  
Lessingstraße 1, 80336 München  
Fax: 089/54497-187  
e-mail:  
lvke.m.heckel@caritas-bayern.de

[www.lvke.de](http://www.lvke.de)

Spitze, denn jeder kennt natürlich die ewige Rivalität zwischen Söder und Haderthauer. Dann aber ging Mittler mit den Wohlfahrtsverbänden ins Gericht. Penibel führte er die Zahl der Mitarbeitenden der Freien Wohlfahrtsverbände auf und er hielt den Verbänden entgegen, dass nur 7.000 bayerische Ärzte im Wahljahr 2008 die Bayerische Staatsregierung gezwungen hätten, die Berliner Gesetzgebung in ihrem Sinn zu beeinflussen. Dabei hätten sie nur angekündigt, Protestplakate in ihren Praxen aufzuhängen. Und die Wohlfahrtsverbände mit ihren hunderten von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden im Superwahljahr 2013? Mittler resigniert: „Wo bleibt da der Appell an all die Menschen, nur eine Partei zu wählen, die der Pflege konkret hilft? Er wird nicht kommen. Stattdessen lässt man sich abkanzeln.“

Bernd Hein

[WWW.BUENDNIS-FUER-GUTE-PFLEGE.DE](http://WWW.BUENDNIS-FUER-GUTE-PFLEGE.DE)



## Anerkennung für ehrenamtliche Arbeit

**Caritas.** Für 1.300 Personen hat die Caritas bisher den Ehrenamtsnachweis Bayern ausgestellt. „Angesichts von über 100.000 Frauen und Männern, die sich bei der Caritas und der katholischen Kirche ehrenamtlich sozial engagieren, ist das natürlich noch viel wenig. Wir möchten die Ausstellung der Nachweise in den nächsten Monaten erheblich steigern“, sagte Landes-Caritasdirektor Prälat Bernhard Piendl in München. Ehrenamtliche, die den Nachweis möchten, können sich an die Stelle wenden, bei der sie tätig sind.

Mit dem Ehrenamtsnachweis Bayern soll ehrenamtliches Engagement ausgezeichnet werden, außerdem

können mit dem Engagement verbundene Kompetenzen dokumentiert werden. Über den ideellen Wert hinaus hat der Ehrenamtsnachweis einen beruflichen Nutzen: Für Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchen, die nach der Familienphase wieder in den Beruf einsteigen oder sich beruflich verändern wollen. Piendl: „Sie können den Nachweis ihrer Bewerbung beilegen und so für ihren beruflichen Werdegang nutzen. Die Caritas zum Beispiel schaut bei Bewerbungen schon darauf, ob sich die Bewerber ehrenamtlich engagieren. Ich weiß, dass das inzwischen viele Unternehmen so machen und ehrenamtliches Engagement positiv bewerten.“



Der Ehrenamtsnachweis Bayern ist ein Gemeinschaftsprojekt der Wohlfahrtsverbände, des bayerischen Sozialministeriums, der Kommunen, der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, des Bayerischen Musikrates, der Kirchen, des Bayerischen Landes-Sportverbands und weiterer Organisationen.

Informationen:

[www.ehrenamtsnachweis.de](http://www.ehrenamtsnachweis.de)

## Schulgeldersatz auch für Heilerziehungspfleger

**Caritas.** Auch die Heilerziehungspfleger bekommen nun Schulgeldersatz wie die Erzieher, Kinderpfleger und Altenpfleger. Die frühere Feststellung des Sozialministeriums, es handle sich bei der Heilerziehungspflege um keinen Mangelberuf, konnte nicht zuletzt durch Zahlen des Landes-Caritasverbandes eindeutig widerlegt werden. Somit werden Menschen, die sich für die Arbeit mit behinderten Menschen entscheiden, nicht schlechter gestellt als wenn sie sich für eine vergleichbare Ausbildung entscheiden. Landes-Caritasdirektor Prälat Bernhard Piendl begrüßte diese Entscheidung der Staatsregierung ausdrücklich und wies darauf hin, dass mit solchen Maßnahmen ein sinnvoller und nachhaltiger Beitrag zur Sicherstellung von ausreichend Fachpersonal in sozial-pflegerischen Berufen geleistet werden könne. Es werde jetzt darauf ankommen, wie die beschlossenen Maßnahmen im Einzelnen umgesetzt werden könnten und wie eine kostendeckende Finanzierung von Fachschulen, Be-

rufsfachschulen und Fachakademien sichergestellt werden könne. Der Landes-Caritasverband hatte nach Bekanntwerden des früheren bayerischen Kabinettsbeschlusses, der die

Ausbildung zur Heilerziehungspflege aus der Schulgeldfreiheit ausgenommen hatte, auf allen politischen Ebenen für die Schulgeldfreiheit gekämpft.

### Partner der Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern



- Versicherungslösungen, Risikominimierung und Schadenbetreuung
- Gestaltung von Altersvorsorgelösungen
- Versicherungsstelle für Menschen mit Behinderung und chronisch Kranke  
[www.versicherungsstelle-ccb.de](http://www.versicherungsstelle-ccb.de)



**Ecclesia / Union  
Versicherungsdienst GmbH**  
Niederlassung München  
Werner-Eckert-Straße 11  
81829 München  
Tel: 089/741154-0 - Fax: 089/741154-910

## Der soziale Arbeitsmarkt der Zukunft: Langzeitarbeitslose brauchen mehr!



**Der Paritätische.** Fördern und Fordern - das sollte einst das Herzstück des Hartz-IV-Systems sein. Doch das Begriffspaar ist aus dem Gleichgewicht geraten und der Kerngedanke der Hartz-Reformen gilt schon lange nicht mehr für alle. So erhalten arbeitsmarktferne Personen, die die größte Gruppe der Arbeitslosen in der Grundsicherung für Arbeitssuchende bilden, die geringste Unterstützung. Vor einem „Weiter so“ warnten deshalb Karin Majewski, Geschäftsführung Paritätischer Wohlfahrtsverband Bezirksverband Oberbayern, und Andreas Görres, Geschäftsführer der Mitgliedsorganisation Condros Beschäftigungs GmbH, bei einem gemeinsamen

in den letzten 24 Monaten). Knapp eine Million der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten weisen vier und mehr Vermittlungshemmnisse, wie z.B. gesundheitliche Einschränkungen oder geringe berufliche Qualifikationen, auf. Sie haben deshalb keine realistische Chance, ihre Hilfebedürftigkeit in absehbarer Zeit selbst zu überwinden und einen Arbeitsplatz zu finden - soziale Ausgrenzung in der heutigen Arbeits- und Leistungsgesellschaft inklusive. Doch die Förderung der Jobcenter konzentriert sich aktuell auf Arbeitslose, die nur wenige Vermittlungshemmnisse haben und schnell wieder in Arbeit gebracht werden können. Förderangebote, die bislang

schnittliche Dauer der Arbeitsfördermaßnahmen im SGB II in 2011 nur vier Monate.

Allein die Eingliederungstitel des Jobcenters München wurden von 44,1 Millionen Euro in 2009 auf 29 Millionen Euro in 2012 geschrumpft. Die Landeshauptstadt hat seit Jahren einen Bestand an erwerbsfähigen Leistungsberechtigten von 53.000 Menschen. Davon sind über 53 Prozent länger als zwei Jahre im Bezug von ALG II.



Pressegespräch zum Thema Arbeitspolitik am 26. Februar. „In der Arbeitsmarktpolitik muss umgesteuert werden“, sagt Karin Majewski. „Nur so können arbeitsmarktferne Personen wieder wirklich gefördert werden. Ohne Kurswechsel werden sich die soziale Ausgrenzung dieser Menschen und die Langzeitarbeitslosigkeit weiter verfestigen.“ Rund zwei Drittel der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zählen zu den sogenannten Langleistungsbeziehern (21 Monate Leistungsbezug

arbeitsmarktfernen Personen zugute gekommen sind, so vor allem die Angebote der öffentlich geförderten Beschäftigung, wurden im Zuge der Haushaltskürzungen und der Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente dagegen massiv eingeschränkt. In vielen Angeboten wurden Förderbestandteile, wie z.B. die sozialpädagogische Betreuung, gekappt. Dazu sind die Maßnahmen denkbar kurz gehalten: Laut Eingliederungsbericht der Bundesagentur für Arbeit 2011 betrug die durch-

### Der Paritätische in Bayern setzt sich dafür ein,

- dass die arbeitsmarktpolitischen Instrumente wieder stärker auf die Förderbedarfe von arbeitsmarktfernen Personen abgestellt werden, indem z.B. ausreichend lange Förderzeiträume für Stabilisierung und Qualifizierung eingeräumt und sozialpädagogische Hilfen gestärkt werden.
- dass für dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossene Personen längerfristige sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsangebote in einem Sozialen Arbeitsmarkt geschaffen werden. Kernanliegen ist die Soziale Teilhabe durch Arbeit.
- dass Arbeit im Sozialen Arbeitsmarkt auf der Normalität der Erwerbsarbeit in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen und der freiwilligen Förderung von arbeitsmarktfernen Personen beruht. Zur Schaffung einer soliden Finanzierungsbasis sind im Bundeshaushalt Regelungen für einen Passiv-Aktiv-Transfer zu treffen.
- die Mittel für die aktive Arbeitsmarktförderung aufzustocken und die Kürzungen damit rückgängig zu machen.

## Bayerisches Rotes Kreuz

### Sparkassenpräsident Theo Zellner soll BRK-Chef werden

**BRK.** Im Bayerischen Roten Kreuz wird dieses Jahr ein neuer Präsident gewählt. Die Wahlvorbereitungskommission des Bayerischen Roten Kreuzes hat sich im April einstimmig für die Kandidatur des langjährigen Kreisvorsitzenden des BRK-Kreisverbandes Cham und Präsidenten des Bayerischen Sparkassen- und Giroverbandes, Landrat a.D. Theo Zellner, ausgesprochen. Nach zehn Jahren an der Spitze des Verbandes steht BRK-Präsidentin Christa Prinzessin von Thurn und Taxis nicht mehr zur Wahl.

„Mit Theo Zellner gewinnt das Bayerische Rote Kreuz nicht nur einen äußerst kompetenten und erfahrenen Rotkreuzler und Kommunalpolitiker, sondern auch einen ausgewiesenen Wirtschaftsfachmann für das wichtige Amt des Präsidenten unseres Verbandes“, sagte BRK-Präsidentin Christa Prinzessin von Thurn und Taxis.

Über die Wahl des Präsidenten entscheidet am 7. Dezember 2013 in Altötting die Landesversammlung des Bayerischen Roten Kreuzes.

### Christa Prinzessin von Thurn und Taxis ernennt Birgit Kober zur BRK-Botschafterin

**BRK.** Goldmedaillengewinnerin Birgit Kober ist Botschafterin beim Bayerischen Roten Kreuz. Mit der Ernennung Kobers will der Wohlfahrtsverband auf das Thema Inklusion von Menschen mit Behinderungen aufmerksam machen. Gleichzeitig will Kober ihre neue Aufgabe nutzen, um anderen Menschen Mut zu machen und gegen das Stigma der Behinderung anzugehen. Kober: „Menschen mit Handicaps müssen mehr Möglichkeiten erhalten, damit auch sie Sport betreiben und eine Förderung erhalten können.“ Für

über eine Million Menschen mit Behinderungen fehlen Sportangebote, ihnen ist somit eine Teilnahme am Leistungssport bisher weitgehend verwehrt.

Seit den Paralympics 2012 in London ist Birgit Kober auf der ganzen Welt vielen Menschen bekannt durch ihre beiden Weltrekorde und Goldmedaillen im Speerwurf und im Kugelstoßen. Damit erfüllte sich für Birgit Kober, die aufgrund eines Behandlungsfehlers seit 2007 schwer behindert ist und im Rollstuhl sitzt, ein großer Traum.

### BRK sieht Existenzbedrohung für die Altenpflegeheime in Bayern

**BRK.** Das Bayerische Rote Kreuz warnt vor einer existenziellen wirtschaftlichen Bedrohung für Altenheimbetreiber durch die Ausführungsverordnung zum Bayerischen Pflegewohn- und Qualitätsgesetz (AV-PfleWoqG). Es fordert deshalb auf einen Bestandschutz einzuführen. Landesgeschäftsführer Leonhard Stärk: „Die Ausführungsverordnung zu dem nach Meinung des BRK an sich richtigen und notwendigen Pflegequalitätsgesetzes zwingt die Betreiber von Altenheimen fast unbemerkt zu Umbaumaßnahmen in so erheblicher Höhe, dass damit viele Altenheime vor dem Aus stehen könnten.“ In der Verordnung sind nach Ansicht des BRK Detailforderungen enthalten, die von den Betreibern nicht zu erfüllen sind. Demnach müssen in älteren Pflegeheimen quasi alle Nasszellen vollständig umgebaut werden. Auch sei die vorgeschriebene räumliche Nähe der Gemeinschaftsräume zu den Zimmern der Bewohner, selbst in Altenheimen, die erst in den letzten Jahren gebaut wurden, nicht zu realisieren.

Mit Unverständnis reagiert das BRK auf die Feststellung des Sozialministeriums, dass die Ausführungsverordnung kostenneutral umzusetzen sei: „Das ist reines Wunschdenken und sehr weit weg von der Realität“, sagt Stärk.

Anzeige -



#### Sicherheit - ein gutes Gefühl.

Wir sichern Sie ab.

Schutz für die Betreuten, die Mitarbeiter und für Sach- und Vermögenswerte - als Spezialversicherungsmakler für Einrichtungen der Wohlfahrtspflege, Hilfsorganisationen und öffentlich-rechtliche Einrichtungen in Bayern entwickelt Funk Humanitas bedarfsgerechte Versicherungskonzepte und unterstützt in Schadenfällen, wobei Preis und Leistung stimmen. Gern beraten wir Sie ausführlich - als Ihr unabhängiger Interessenvertreter.

Kontakt Thomas Ollech (GF FHT) | fon 089 544681-80 | t.ollech@funk-gruppe.de  
Rüdiger Bexte (Prokurist FHT) | fon 089 544681-81 | r.bexte@funk-gruppe.de



INTERNATIONALE VERSICHERUNGSMAKLER  
UND RISK CONSULTANTS



Funk Humanitas GmbH

Leopoldstraße 175 - 80804 München  
FUNK-GRUPPE.COM



# Hoffnung für „hoffnungslose Fälle“

Initiative Pro Arbeit tritt für öffentlich geförderte Beschäftigung ein

**Diakonie**   
Bayern

**Diakonie.** Nicht jeder Mensch hat wirklich eine Chance, auf dem üblichen Weg Arbeit zu finden. Chronische Krankheiten, Behinderungen, psychische Erkrankungen und andere schwerwiegende „Vermittlungseinschränkungen“ versperren einer zunehmenden Zahl von Menschen dauerhaft den Zugang zum Arbeitsmarkt. Gleichzeitig werden die wenigen Integrationshilfen für diese Gruppe im Zuge der Kürzung der Arbeitsmarktförderungen noch weiter abgeschmolzen. Die Diakonie hat deshalb die bundesweite Kampagne „Initiative- Pro Arbeit“ für mehr Teilhabe durch öffentlich geförderte Beschäftigung initiiert. In Bayern wird sie dabei vom Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (KDA), dem Fachverband „Gefährdetenhilfe“ des Diakonischen Werks Bayern und der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche unterstützt. Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm fungiert als Schirmherr und gibt am 17. Mai um 10 Uhr im „kaufhaus diakonia“ in der Dachauer Straße 192 in München zusammen mit dem bayerischen Diakoniepräsidenten Michael Bammessel den offiziellen Startschuss für die Aktion. Mit dabei sind auch diakonia-Geschäftsführer Dieter Sommer und Reinhardt Lautenschlager von der Konferenz der Einrichtungen für erwachsene Arbeitslose im Diakonischen Werk Bayern.

„Jobwunder“ und „Wachstum XXL“ sind die Schlagwörter, die derzeit im medialen und politischen Diskurs florieren. Die Lebens- und Arbeitsmarktsituation von Langzeitarbeitslosen, die auch von der positiven konjunkturellen Entwicklung nicht profitieren konnten, kommt in dieser Welt der Gewinner nicht vor. Der Arbeitsmarkt bietet hauptsächlich

Chancen für leistungsstarke und hochqualifizierte Arbeitssuchende. Menschen mit Leistungseinschränkungen und Minderqualifikation haben auch bei Hochkonjunktur kaum vernünftige Jobchancen. Im Januar 2013 lag die tatsächliche Zahl der registrierten Arbeitslosen bei 4.026.000 Personen. Ein beträchtlicher Teil davon ist seit mehr als zwei Jahren arbeitslos gemeldet. Im Jahr 2011 traf das laut Bundesagentur für Arbeit auf 1.149.664 Menschen zu.

Den Jobcentern stehen gleichzeitig immer weniger Mittel für die Integration der sogenannten „Arbeitsmarktfernen“ zur Verfügung. 2012 betrug der Eingliederungstitel für die im Rechtskreis des SGBII registrierten Arbeitslosen 3,2 Milliarden Euro. Das sind 50 Prozent weniger als 2010. In Bayern wurden von den zugewiesenen Mitteln obendrein nur 73 Prozent für Eingliederungsleistungen ausgegeben. Folgerichtig bleibt die „Aktivierungsquote“ für Langzeitarbeitslose hierzulande bei lediglich 22,7 Prozent hängen.

## Pro Arbeit

Ziel der Kampagne „Pro Arbeit – für öffentlich geförderte Beschäftigung“ ist die Schaffung eines breiten Bündnisses für eine Teilhabe am Erwerbsleben durch öffentlich geförderte Beschäftigung, deren Mitglieder sich mit verschiedenen Aktionen für öffentlich geförderte Beschäftigung einsetzen. Träger der Kampagne ist der evangelische Fachverband Arbeit und Soziale Integration (EFAS), Zweigstelle Bay-

ern. Aktuell sind neben KDA und Gefährdetenhilfe die Diakonie-Landesverbände Bayern, Württemberg, Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Hessen-Nassau, Kurhessen-Waldeck, Mitteldeutschland, Sachsen und die Bundesdiakonie sowie die evangelischen Landeskirchen Bayern, Württemberg und Hessen im Bündnis vertreten. Auch die anderen Wohlfahrtsverbände sowie weitere Organisationen und Institutionen, die sich zur öffentlich geförderten Beschäftigung bekennen, sind willkommen.

Zur Koordination der Aktionen sowie als Impulsgeber und Vermittlungsstelle ist in Nürnberg ein Kampagnenbüro eingerichtet worden, das die Aktivitäten bündelt und kommuniziert.



### Projektanschrift:

EFAS, Zweigstelle Bayern  
Pirckheimerstraße 6 | 90408 Nürnberg

### Projektleitung:

Ines Nöbler  
E-Mail: inoessler@efas-web.de  
Mobil: 01522/6409827  
Internet: www.initiative-pro-arbeit.de  
und  
Referat „Hilfen für Arbeitslose“  
Efthymia Tsakiri  
Tel: 0911/9354-430/438  
E-Mail: tsakiri@diakonie-bayern.de



## Gemeinsames Ziel von Staat und Kommunen

# Förderung des Krippenausbaus verlängert bis Ende 2014

**Städtetag.** Das Sonderinvestitionsprogramm zum Krippenausbau soll um ein Jahr bis Ende 2014 verlängert werden. Städte und Gemeinden in Bayern haben diese Entscheidung des Koalitionsausschusses von CSU und FDP am 25. Januar 2013 mit Erleichterung aufgenommen. Letztlich konnte sich Sozialministerin Christine Haderthauer damit durchsetzen, dass der weitere Krippenausbau ein gemeinsames Ziel von Staat und Kommunen sein soll.

Der Bayerische Städtetag hat das Sonderprogramm des Freistaats für den Krippenausbau von Anfang an als eine kommunalfreundliche und gute Unterstützung beim Krippenausbau gelobt. Den Städten ist bewusst, wie der Freistaat mit über 600 Mio. Euro an Landesmitteln, die er bisher zur Verfügung gestellt

hat, die Kommunen unterstützt hat. Nach dem Kabinettsbeschluss vom Dezember 2012 war es für die Kommunen zunächst eine herbe Enttäuschung gewesen, als die so dringend benötigte Verlängerung des Sonderprogramms doch nicht kommen sollte. Umso größer war Ende Januar 2013 die Erleichterung, als sich die kommunalfreundlicheren Kräfte schließlich durchsetzen konnten.

Allerdings bleibt das Zeitfenster für neue Förderanträge nach dem Sonderprogramm vermutlich höchstens bis zur Mitte des Jahres offen. Denn angesichts der vielen Anträge bei den Regierungen dauerten die Genehmigungen oftmals bis zu drei Monaten. Dazu müssen die Zeit für die Planung und Ausschreibung und schließlich die Monate für den Bau bis zur Fertigstellung der Krippe ge-

rechnet werden. Die starke Baukonjunktur trägt dazu bei, dass sich die Zeit bis zur Fertigstellung bisweilen in die Länge ziehen kann.

Die nach Maßgabe des Koalitionsbeschlusses geänderte Förderrichtlinie wird den Termin für die Fertigstellung wohl auf den 31. Dezember 2014 festschreiben. Viele Städte gehen davon aus, dass bis zu diesem Termin der Ausbaubedarf weiter wachsen wird. Damit stellt sich bereits jetzt die Frage, ob die Verlängerung des Sonderprogramms um ein Jahr ausreichen wird, damit Staat und Kommunen das gemeinsame Ziel erreichen, ein bedarfsgerechtes Angebot an Kleinkinderbetreuung zu schaffen. Aus Sicht des Bayerischen Städtetags ist heute schon abzusehen, dass eine weitere Verlängerung notwendig sein wird.

## Maly neuer Präsident des Deutschen Städtetags

**Städtetag.** „Ein bayerischer Oberbürgermeister folgt auf den nächsten. Der Bayerische Städtetag gratuliert Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly herzlich zur Wahl zum Präsidenten des Deutschen Städtetags“, erklärt Bernd Buckenhofer, Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags. Maly folgt damit dem Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude. Buckenhofer: „Auch wenn Stolz sonst nicht die Sache des Bayerischen Städtetags ist: Wir sind heute schon ein wenig stolz darauf, dass der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags nun auch gleichzeitig

Präsident des Deutschen Städtetags ist. Wir wünschen Dr. Maly eine glückliche Hand und viel Energie bei der Arbeit an der Spitze beider Verbände.“ „Es spricht schon für das hohe Prestige der Mitglieder des Bayerischen Städtetags, wenn bayerische Kommunalpolitiker an der Spitze des Deutschen Städtetags stehen und zahlreich im Präsidium des Verbandes vertreten sind“, sagt Buckenhofer.

Stellvertretender Präsident des Deutschen Städtetags ist Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger, der auch stellvertretender Vorsitzender des Bayeri-

schen Städtetags ist. Im Präsidium des Deutschen Städtetags ist neben Oberbürgermeister Christian Ude auch Erlangens Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis und die Marktreutwitzer Oberbürgermeisterin Dr. Birgit Seelbinder vertreten.

Die Doppelspitze von Bayerischem und Deutschem Städtetag hat bereits ein anderer prominenter Oberbürgermeister aus Bayern erfüllt: Der Münchner Oberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel war von 1964 bis 1972 an der Spitze des Bayerischen Städteverbands, als Präsident des Deutschen Städtetags amtierte er von 1970 bis 1971.

## Abschaffung der Studiengebühren/ Schulgeldfreiheit

Fragen zur Umsetzung und Auswirkung für die Fachakademien ErzieherInnen“



**Arbeiterwohlfahrt.** Im Schatten der gesellschaftlichen Diskussionen über die Abschaffung der Hochschulgebühren für Studierende an bayerischen Hochschulen formierten sich in den letzten Monaten zunehmend Stimmen, die auf die Ungleichheit der Behandlung von Auszubildenden in der Altenpflege und der Erzieherausbildung lautstark hinwiesen. Es kann gesellschaftlich nicht hingenommen werden, dass Auszubildende in der Altenpflege, Kinderpflege sowie Studierende in der Erzieherausbildung gegenüber Studenten an einer bayerischen Hochschule oder Auszubildenden anderer Ausbildungsrichtungen finanziell benachteiligt sind. Die Abschaffung der Studiengebühren war und ist aus Gründen der Fairness und der Gerechtigkeit nur mit der gleichzeitigen Schulgeldfreiheit in der Erzieher- und Altenpflegeausbildung zu denken. Die Politik tut gut daran, sich daran zu erinnern, dass Bildung einer ihrer hoheitlichen Aufgaben ist. Es ist sinnvoll, sich in Erinnerung zu rufen, dass es im Bereich der Altenpflege- und Erzieherausbildung nur einen geringen Anteil staatlicher Schulen gibt, die diese Ausbildungen anbieten. Die meisten Schulen in diesen Ausbildungsbereichen werden von privaten Schulträgern betrieben und hier voran von Trägern der Freien Wohlfahrtspflege. Der Freien Wohlfahrtspflege kann sicherlich nicht der Vorwurf einer Gewinnmaximierung durch Betreiben von Schulen unterstellt werden. Aber den Anspruch auf eine auskömmliche Finanzierung ihrer Schulen ist ein berechtigtes Anliegen. Gerade die Übernahme und Verlagerung eines Aufgabengebietes des Freistaates auf private Schul-träger sollte für die Schulträger und Schüler nicht von Nachteil sein. Hier hat die Staatsregierung die politische, gesellschaft-

liche und moralische Verpflichtung für Bildungsgerechtigkeit zu sorgen. Schulen müssen finanziell so ausgestattet sein, dass die Ausbildungen kostendeckend angeboten werden können und Schüler kein Schulgeld zahlen müssen, so wie es an staatlichen Schulen von jeher möglich ist. Es ist zu begrüßen, dass das Kabinett der bayerischen Staatsregierung am 5. März ein „Bildungsfinanzierungsgesetz“ beschlossen hat. In diesem Gesetz sollen die Altenpflege- und Erzieherausbildung „schulgeldfrei“ gestellt werden. Grundsätzlich ein löbliches Vorhaben. Was heißt das nun konkret für die Studierenden in der Erzieherausbildung? Fachakademien für Sozialpädagogik haben bisher zur Finanzierung der Ausbildung ein Schulgeld von ihren Studierenden verlangen müssen. Die Staatsregierung bietet nun den Fachakademien einen freiwilligen finanziellen Zuschuss pro Klasse an. Schulen, die diesen Zuschuss erhalten möchten, verpflichten sich im Gegenzug auf die Forderung von Schulgeld gegenüber den Auszubildenden zu verzichten. In der Öffentlichkeit kommt diese Botschaft an. Tatsache ist aber, dass an vielen Schulen dieser Zuschuss nicht ausreicht, um das Schulgeld zu kompensieren. An diesem Punkt beginnt das eigentliche Dilemma. Was soll eine Schule machen? Mit der Annahme dieses freiwilligen staatlichen Zuschusses akzeptieren die Schulen, dass sie am Jahresende auf einem Defizit sitzen bleiben. Und wer trägt dieses Defizit an nicht-staatlichen Schulen? Der Schulträger, der diese Ausbildung anbietet. Entscheidet sich eine Schule, auf den Zuschuss zu verzichten, müssen die Schüler weiter Schulgeld zahlen und es besteht ein Wettbewerbsnachteil gegenüber den anderen Schulen. Als Folge kommt es zu Abwanderungen von Schülern an solche Schulen, die

auf Schulgeld verzichten. Mit jedem Schüler „mehr“, der in eine Klasse aufgenommen wird, erhöht sich aber das Defizit der Schule, da der freiwillige Zuschuss konstant bleibt und nun für mehr Schüler ausreichen muss. In der Konsequenz kann dies bedeuten, dass Schulen nur so viele Schüler pro Klasse aufnehmen, für die der freiwillige Klassenzuschuss zur Kompensation des Schulgeldes reicht. Damit werden die Schülerzahlen gedeckelt und das in ausgesprochenen Mangelberufen! War das der politische Wille der Staatsregierung? Wenn sich die Staatsregierung entschließt, die Schulgeldfreiheit für die Erzieherausbildung zu verkünden, dann sollte dies als ehrlicher Ausdruck der Übernahme ihrer politischen Verantwortung und nicht als Spielball der politischen Auseinandersetzung in Wahlkampfzeiten zu verstehen sein. Die Höhe des freiwilligen Zuschusses sollte auch die tatsächliche Finanzierungslücke decken und der Zuschuss als garantierter fester Bestandteil mit Rechtsanspruch in das bayerische Schulfinanzierungsgesetz aufgenommen werden. Sonst wird die Diskussion um Schulgeld spätestens in 2015 wieder an Dynamik und Dringlichkeit zulegen. Unsere politischen Forderungen bleiben damit grundsätzlich erhalten: Bildung muss für alle kostenlos sein; Bildung muss in der Politik wieder „Chefsache“ sein; Bildung braucht ausreichend finanzielle Mittel. Denn wer in Bildung und Erziehung investiert, investiert in unserer aller Zukunft! Und die Politik muss sich daran messen lassen!

*Ingrid Strauch*

*Stellvertretende Direktorin*





## LAG Ö/F mit neuem Internetauftritt

Wir freuen uns Ihnen unseren neugestalteten Internetauftritt präsentieren zu können.

Die Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege hat seinen Internetauftritt komplett überarbeitet. Die Seite erscheint ab sofort in neuer zeitgemäßer Optik, hat ein größeres Angebot und vereinfacht den Zugang zu den Inhalten.

Die neue Startseite bietet Ihnen einen Überblick - die Details befinden sich nun in einem Aufklappmenü. Damit sind wesentliche Informationen sofort auffindbar.

In Zukunft finden Sie unter „**NEWS**“ aktuelle Termine und Veranstaltungshinweise.

Die Erweiterung unseres Angebotes umfasst nun auch Online-Ausgaben der

### **Bayerischen Sozialnachrichten**

- bei Publikationen können Sie das umfangreiche Archiv durchblättern.

Mit der **neuen Suchfunktion** bieten wir Ihnen die Möglichkeit die Seite mit einer Volltextsuche gezielt nach den gewünschten Informationen zu suchen.

Unser Ziel ist es, ein ansprechendes Layout mit einer schnellen und einfachen Bedienung zu verbinden. Bitte besuchen Sie uns auf der neuen Internetseite. Wir würden uns über Rückmeldungen, Kritik oder Anregungen freuen.